Reader: Deutsche Linke und die Kritik an Israel

Antisemitismus und die Grenzen des Klassenbegriffs - Wildcat-Zirkular Nr. 56/57 2

Der israelisch-palästinensische Konflikt eskaliert, Uri Avnery im Interview mit Tobias Pflüger: 13

Menschenrechtsimperialisten und Antiimps gegen Israel von Andrea Woeldike / Bahamas 19

Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten von der Initiative Sozialistisches Forum 23

„Frieden verlangt gegenseitigen Respekt und Anerkennung" - Nach dem Wahlsieg Ariel Sharons - ein Gespräch mit dem israelischen Journalisten und Kommunisten Hans Lebrecht (Uri Avnery) 28

Der rote Lebrecht als „brauner Hund"? Interview in der „Jungen Welt" 39

Klappe zu, Ohren auf! - Es muss den Israelis vorbehalten sein, die jüdische Identität ihres Staates in Frage zu stellen. - Die deutsche Linke sollte dazu schweigen. von stefan vogt in jungle-world 42

Aus den Mitteilungen der Freunde Palästinas ev 45

Deutsche Linke und Israel - Jörn Böhme / FriedensForum 52

3,00 E.

Antisemitismus und die Grenzen des Klassenbegriffs

Der folgende Text will versuchen, entlang der Antisemitismus-Diskussion, die mit dem Auftreten der Intifada und dem Zweiten Golfkrieg in der Linken verstärkt geführt wurde, das herauszuschälen, was für eine revolutionäre Diskussion wichtig ist. Um letzteres geht es nämlich in der Mainstream-Linken kaum noch, »Anti-Antisemitismus« ist mehr zu einem sozialen und politischen Erkennungszeichen unter Linken geworden. Die hier angenommene Bedeutung des Antisemitismus für die Grenzen einer Klassenpolitik interessiert die Linke schon lange nicht mehr, weil der »Abschied vom Proletariat« und von der Revolution ohnehin bereits genommen wurde. Ich will aber auch nicht ein weiteres Mal das Verhältnis »Arbeiterbewegung und Antisemitismus« beschreiben [1], sondern auf dem Hintergrund einer Kritik der traditionellen Arbeiterbewegung und der Tradition der Kritik der Arbeit mich diesem Thema nähern. Welche strukturellen Schwächen und welche kategorialen Unvereinbarkeiten mit dem Antisemitismus gibt es für eine gesellschaftliche Kritik, die sich auf eine revolutionäre Tradition von den holländischen Rätekommunisten, dem Linksradikalismus bis zum Operaismus bezieht? Im besten Fall gelingt es mir, auf einige blinde Flecken des Wildcat-Verbundes aufmerksam zu machen.

I. Die Rolle des Antisemitismus-Vorwurfs

Die Diskussion um Antisemitismus innerhalb der deutschen Linken, die erst nach dem zweiten Golfkrieg richtig Verbreitung gefunden hat, hat viele Leerstellen aufgezeigt und historische Schwächen offenbart. Der Antisemitismus-Vorwurf hat sich dabei immer auf eine spezifische Haltung deutscher Linker gegenüber dem Staat Israel bezogen. Er hat über die Kritik der reflexhaften Anti-Israel-Position der deutschen Linken hinaus auch eine dem Anti-Imperialismus inhärente Denkstruktur bloßgelegt.

Der klassische Antisemitismus ist eine konformistische Revolte, die den Juden als historisch auf das Geldgeschäft verwiesene Figur angreift. Vom Standpunkt des Konkreten, Wertschaffenden wird das Abstrakte (Wurzellose, Intellektuelle) und Parasitäre kritisiert. Der Antisemit will den Dialog mit dem Staat, der gerne bereit ist, den Juden als Stellvertreter für die Ausbeutung und als Sündenbock zu opfern. Der linke, aus dem Antiimperialismus resultierende Antisemitismus im Gewand des 'Antizionismus' zeichnet sich durch ein schwarz-weiß-Weltbild aus, das gute und schlechte 'Völker' kennt. Er ist linksnationalistisch und fußt auf einem sozialdemokratischen Imperialismusbegriff, der nicht von Ausbeutung und Kapitalverhältnis spricht, sondern in letzter Konsequenz nur Fremdherrschaft kennt (Herrschaft von Banken über die an sich gute Produktion, von 'fremden' Staaten über gute Völker).

Bereits im Freiburger Antizionismus/Antisemitismus-Streit von 1988 (dokumentiert in: blätter des iz3w Nr. 150, Juni 88), der zwischen der »Nahost-Gruppe« und der »Initiative Sozialistisches Forum« ausgetragen wurde, wurden die Fallstricke des anti-

imperialistischen Denkens deutlich. Allerdings zeigte sich auch eine eklatante Schwäche der Kritiker des Antizionismus: zwar wurde proklamiert, »für eine andere Palästina-Solidarität« einzustehen, real wurde dies allerdings nie eingelöst. So sah ein Protagonist der Kritik am Antizionismus nur drei Möglichkeiten einer linken Position zum Palästina-Problem: »Der sozialistische Internationalismus betrachtet den Konflikt mit der Perspektive der notwendigen gegenseitigen Anerkennung der PLO durch Israel, Israels durch die arabischen Staaten und durch die PLO. Der Befreiungsnationalismus, wie er unter Freunden des bewaffneten Kampfes und anderen Antiimperialisten handelsüblich ist, solidarisiert sich dagegen vorbehaltlos mit dem palästinensischen Nationalismus und kennt gute und schlechte 'Völker'. Der Ideologiekritik des antiimperialistischen Antizionismus geht es nicht um die Meinung, sondern um die Bedeutung, nicht um die Absicht, sondern um das Ergebnis und die Funktion des Antizionismus.« Hier deutet sich schon ein Grundproblem an, denn so richtig die Ideologiekritik des Antizionismus ist, so politisch im wahrsten Sinne des Wortes (d.h. etatistisch) beschreibt der zitierte Kritiker die Perspektive des sozialistischen Internationalismus. Hier ist vielleicht auch der Hund begraben, warum auch heute viele Linke, wenn sie sich nicht nur auf Ideologiekritik am Antizionismus kaprizieren, zu Hilfsdiplomaten (hier: für Israel und die PLO) werden. Und, da bekanntlich Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, im Kriegsfall auch zu Kriegsbefürwortern wurden und werden, anstatt die Verbindung von Staatlichkeit, Diplomatie und Krieg denunziatorisch offenzulegen. Keine der oben dargestellten drei Positionen wird der Realität der palästinensischen Migrationsarbeiter beispielsweise gerecht, für deren Kämpfe und Überlebensstrategien der palästinensische Befreiungsnationalismus auch keine Antworten parat hatte. Dies ist dem linken »Abschied vom Proletariat« geschuldet, der in Deutschland einmalig ist. Die Klassenstruktur Israels, an deren letztem Ende die nicht-askenasischen proletarischen Juden stehen, die palästinensischen Wanderarbeiter und die Klassenstruktur der heutigen palästinensischen Gebiete mit der Fatah-Bourgeoisie am Ruder, ist der deutschen Linken mittlerweile vollkommen aus dem Blickfeld geraten.

Eine Katalysatorfunktion hatte dabei das Jahr 1991. Das Ende der SU, Sicherheit und Bezugspunkt für mehr Linke, als man vermutet hätte, und eine 4.Reich-Stimmung innerhalb der Linken nach der Wiedervereinigung, führte zu der Konstitution eines antideutschen Antifaschismus, der endgültig Abschied nahm vom Denken in Klassenkategorien. Flaggschiff dieser Diskussion war die Hamburger Monatszeitschrift konkret.

Dieses an sich vielstimmige Forum hat entscheidend dazu beigetragen, die Rest-Linke auf Kategorien einzuschwören, die dem Volksfront-Antifaschismus entliehen sind. Allianzen des Fortschritts gegen die deutsche Barbarei waren gefragt. Man sollte an der Seite anderer Staaten gegen Deutschland sein. Man sollte eine antideutsche rainbow coalition mit überzeugten, aber mahnenden Vertretern dieses Staates eingehen (z.B. mit Ignatz Bubis, der zwar erklärte, die Suppe namens Deutschland schmecke ihm ganz gut, ihn störe lediglich das Haar darin namens Rassismus und Antisemitismus; aber bei Bündnis-Politik nimmt man ja so manches in Kauf). Und man betätigte sich u.a. als alternativer journalistischer Waffenlieferant in der Frage

der patriot-Raketen zum angeblichen Schutze Israels während des zweiten Golfkrieges.

Angesichts einer übermächtigen Situation, die durch Pogrome in Rostock und Hoyerswerda gekennzeichnet war, drohte eine Wiederholung des Fehlers von Adorno und Horkheimer in den 50er Jahren, die bürgerliche Gesellschaft auf Grund der Erfahrung mit dem Faschismus zu verteidigen, obwohl man es doch mal besser gewußt hatte. Die Kritik an der reflexhaften Wiederbelebung des Antizionismus während des zweiten Golfkrieges führt viele Kritiker des linken Antisemitismus zurück ins bürgerliche Lager (wo sich Micha Brumlik, Dan Diner und Henrik Broder schon länger aufhalten, nicht zuletzt auf Grund einer indifferenten Linken). War die Linke in den 70ern antisemitisch, so war sie in den 90ern philosemitisch. Deshalb gerät auch jüngst jede Kritik der tödlichen Schüsse auf kurdische Demonstranten aus der israelischen Botschaft nach der Verhaftung von Öcalan ersteinmal unter Antisemitismus-Verdacht (jungle world). Dabei ist der Antisemitismus-Vorwurf oft genug lediglich ein willkommenes Mittel, politische Gegner zu treffen, so wurde beispielsweise die kritikwürdige Existenzgeld-Forderung sogleich mit dem Antisemitismus-Vorwurf konfrontiert (bahamas). [2]

II.

Die klassische Arbeiterbewegung und ihr Marxismus hatten sich die Kritik des mühelosen Einkommens und die Affirmation der Arbeit auf die Fahnen geschrieben. Die Kritik vom Standpunkt der Produktion aus machte sich lediglich an der Person des Kapitalisten fest, der den Eigentumstitel besitzt und für die Produktion selbst nicht nötig sei. Desweiteren orientierte sich die Sozialdemokratie (gerade auch die spezifische radikalisierte in Rußland unter Lenin) positiv auf den Staat. Lenins Parole »Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch« zielte auf das Konzept nationaler Befreiung. Sozialistische Entwicklung wurde so zu einer Bewegung nachholender Modernisierung. Die nationale Befreiung sollte das Ende der Fremdherrschaft bewerkstelligen, die eine erzwungene Rückständigkeit aufrecht erhielt; der Staat hatte mittels Planung den Kraftakt zu vollziehen, die Modernisierung aus dem Boden zu stampfen. Der Befreiungsnationalismus und klassische Antiimperialismus trat so auch im Mantel des ML auf. Hier wurde eine Politik des nationalen Bündnisses favorisiert, die Rhetorik von der Klasse war nur der revolutionären Dynamik der Arbeiterklasse und der Bauern-ArbeiterInnen geschuldet und wurde zum propagandistischen Appell für den produktiven Aufbau benutzt. So war die Entwicklung in Rußland ab 1917 Leitbild für viele abhängige Länder, und der Marxismus wurde zur leninistischen 3.Welt-Ideologie.

Der Antiimperialismus, selbst ein Produkt des Leninismus, mußte schon auf Grund seiner kategorialen Prämissen (nationale Befreiung, sozialistischer Staat, Volk statt Klasse) strukturell antisemitisch argumentieren. Agierte er sich an Israel aus, war der Antisemitismus vorprogrammiert. Israel wurde im Antiimperialismus der 60er/70er/80er Jahre als Verkörperung des künstlichen Staates in einer fremden Region ausgemacht. Dieses organizistische Denken läßt sich an dem ganzen Kitsch ablesen, mit dem der erträumte »natürliche Staat« Palästina verbunden war. Die beliebte Kategorie »Volk« hatte ein in die Industrienationen importierter Maoismus in die Hirne einer nach »Identität« lechzenden Linken gepflanzt (Von der Hafenstraßen-Parole »Palästi-

na - Dein Volk wird dich befreien« bis zu den Blut-und-Boden-Bildern in der früheren Zeitschrift Al Karama aus dem Umfeld des Stalinisten Karam Khella).

Die Linksradikalen hatten viele Prämissen auch der 3.Welt-Ideologie und des Antiimperialismus fundamental kritisiert. Erschöpfte sich der Antiimperialismus in der Denunziation der Fremdherrschaft, ging es dem Linksradikalismus und Rätekommunismus um die proletarische soziale Revolution, die die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft an sich zertrümmern sollte. Bündnisse mit der einheimischen Bourgeoisie wurden abgelehnt. Der Antiimperialismus des Bündnisses wurde generell als Ideologie nachholender bürgerlicher Revolution erkannt. [3]

III.

Auch Wildcat vertritt gesellschaftskritische Positionen, die anti-imperialistisch/antisemitischen Denkstrukturen, die einem Antiimperialismus geschuldet sind, gegenläufig sind. Um Völker ging es nie. Nicht die Glorifizierung der Arbeit oder Kampf der ontologisierten Arbeit gegen das Kapital, sondern Kampf gegen die Arbeit selbst als Bestandteil des Kapitalverhältnisses wurde propagiert. Wildcat kritisierte den Produktivismus der klassischen Arbeiterbewegung. Der Staat wurde als ideeller und in der Krise realer Gesamtkapitalist entlarvt, und fernab der Ambivalenzen beispielsweise der Regulationstheoretiker oder des kritischen Soziologen Bourdieu wurde auch der Sozialstaat nicht als »Errungenschaft der Kämpfe der Arbeiterklasse« sondern als Pazifizierung im Interesse reibungsloser Ausbeutung durchschaut [4]. Neue souveräne Nationalstaaten, wie sie dem Antiimperialismus vorschwebten, waren so auch nichts anderes als ein neues Kampfterrain der Ausbeutung.

Dennoch gibt es eine Indifferenz gegenüber Antisemitismus, die ihre Wurzeln in einem fehlenden Ideologiebegriff und einem zum reinen Prinzip erstarrten Klassenbegriff hat.

Einen ersten Vorschein, daß Wildcat ein kritischer Ideologie-Begriff fehlt, zeigte sich angesichts des Nach-Wiedervereinigungs-Rassismus in Deutschland. Wildcat wurde anläßlich der Pogrome 1991/92 kritisiert, der rassistischen Zusammenrottung in Mannheim/Schönau einen tendenziell in Richtung emanzipativer Rebellion wendbaren Kern zuzusprechen [5]. In der Tat wurde hier der Fehler der Narodnaja Wolja, der Stadtguerilla im vor-revolutionären Rußland, die ebenso die antisemitischen Pogrome als Verkürzungen und Sackgassen im revolutionären Kampf verharmloste, wiederholt. Mehr noch: die damalige Situation in Deutschland wurde falsch eingeschätzt und der rassistische Massenkonsens theoretisch nicht reflektiert. Das Abstellen auf eine Strategie der Spannung, den Zusammenhang von Zoff in den Betrieben und einer rassistischen Kanalisierung, der beispielsweise in Hoyerswerda zwischen den Kontraktarbeitern aus Angola und Mosambique und der LAUBAG-Werksleitung kurz vor dem Pogrom vorhanden war, führte oft dazu, den ideologischen Kern des rassistischen Massenbewußtseins zu vernachlässigen und sich stattdessen auf simple Verschwörungstheorien zurückzuziehen. Die Frage »riots von rechts?«, die in WC 60 (Oktober 92) gestellt wurde, mußte so als Verharmlosung der deutschen Verhältnisse interpretiert werden. Dennoch übersahen die Kritiker, daß gerade Wildcat im Gegensatz zu der Ideologisierung der 80er-riots durch die Autonomen keinen riot-Mythos

pflegt. Das Festhalten an einem so manchem recht orthodox anmutenden Klassenbegriff hat davor geschützt, den riot als solchen als neues Paradigma der sozialen Revolution zu behaupten [6]. Gerade der riot lebt von dem Angriff auf Personifizierungen der Ausbeutung, wie es Mike Davis für L.A. 92 beschrieben hat: »Kulturell spezifische 'Zwischenhändler'-Gruppen laufen Gefahr, daß sie als Verkörperung der unsichtbaren Hand angesehen werden, die den örtlichen Communities ihre wirtschaftliche Autonomie entzogen hat. Im Fall von L.A. war es das koreanische Alkoholgeschäft an der Straßenecke, das als Symbol der verhaßten 'Neuen Weltordnung' gesehen wurde, und nicht die wolkenkratzenden Konzern-Festungen im Stadtzentrum.« [7] Deshalb kann Revolution auch nicht als Verallgemeinerung des riots gedacht werden. Quantität schlägt hier nicht in Qualität um.

Dennoch: bei einem riot lassen sich rückschrittliche, gewalttätige, reaktionäre Momente zurückdrängen, ein Pogrom ist Rückschrittlichkeit, Gewalt und Reaktion selbst. Entscheidend ist das Verhältnis zum Staat. Greift der riot Insignien des Staates an, und beweist damit seine im Kern kommunistische Tendenz, ist ein Pogrom ein kumpelhaftes Gespräch mit dem Staat. Während eines riots können Identitäten aufgelöst, neu definiert und praktisch hinterfragt werden, ein Pogrom ist der Endpunkt der wahnhaften Suche nach Identität. Schon deshalb ist der multiethnische riot von L.A. 92 nicht Deutschland 92.

IV.

Die Antisemitismus-Diskussion müsste aufmerksam machen auf Schwächen der nicht-traditionalistischen Klassenlinken, zu der auch Wildcat zählt. So ist im klassischen Operaismus nachwievor ein recht simples Bild vom Kapital vorherrschend, das Klassenkampf als Pingpong-Spiel oder als Ringkampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten darstellt. Es herrscht auch hier öfters Unklarheit über das Wesen des Kapitalverhältnis.

Personalisierung, kein Begriff von Ideologie und Fetischisierung (stattdessen die Manipulationshypothese), und ein geschichtsoptimistischer historischer Materialismus sind die größten Probleme der bei Wildcat vorherrschenden Vorstellungen über die Gesellschaft.

Dies ist vielleicht ein gemeinsames Erbe des Operaismus. Bereits die recht eigenwillige Grundrisse-Interpretation von Negri (Marx beyond Marx), lädt zu merkwürdigen Verkürzungen ein. Mit dem Statement »das Geld hat nur ein Gesicht, das des Chefs« soll propagandistisch dem Klassenhaß Nahrung gegeben werden. Das Drama des Fetischs Geld (auch in seiner Form als Lohnfetisch) wird dabei außer Acht gelassen und noch dazu einer militaristischen Personalisierung das Wort geredet. Auch wenn - typisch italienisch möchte man fast sagen und mit dem Antisemitismus unvereinbar - der Kapitalist selbst ins Fadenkreuz der praktischen Kritik genommen wird. Doch gerade der Haß auf das Geld und diejenigen, die es ohne zu rackern haben, war auch immer eine tragende Vorstellung des Antisemitismus. Der 'Unternehmer' wird dabei in der Vorstellung des nazistischen Antisemiten mit ins produktive Boot genommen:

»Die produktive Arbeit des Kapitalisten, ob er seine Profite mit dem Unternehmerlohn wie im Liberalismus oder im Direktorengehalt wie heute rechtfertigte, war die

Ideologie, die das Wesen des Arbeitsvertrags und die raffende Natur des Wirtschaftssytems überhaupt zudeckte. Darum schreit man: haltet den Dieb! und zeigt auf den Juden. Er ist in der Tat der Sündenbock, nicht bloß für einzelne Manöver und Machinationen, sondern in dem umfassenden Sinn, daß ihm das ökonomische Unrecht der ganzen Klasse aufgebürdet wird. Der Fabrikant hat seine Schuldner, die Arbeiter, in der Fabrik unter den Augen und kontrolliert ihre Gegenleistung, ehe er noch das Geld vorstreckt. Was in Wirklichkeit vorging, bekommen sie erst zu spüren, wenn sie sehen, was sie dafür kaufen können: der kleinste Magnat kann über ein Quantum von Diensten und Gütern verfügen wie kein Herrscher zuvor; die Arbeiter jedoch erhalten das sogenannte kulturelle Minimum. Nicht genug daran, daß sie am Markt erfahren, wie wenig Güter auf sie entfallen, preist der Verkäufer noch an, was sie sich nicht leisten können. Im Verhältnis des Lohns zu den Preisen erst drückt sich aus, was den Arbeitern vorenthalten wird. Mit dem Lohn nahmen sie zugleich das Prinzip der Entlohnung an. Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher fürs ganze System und nimmt das Odium für die anderen auf sich. Die Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein. [8]

Viele Kategorien der kritischen Theorie und auch der dieser Beschreibung zugrundeliegende Begriff einer negativen Totalität können zurecht kritisiert werden [9], dennoch wird hier auf das Problem der Fetischisierung der Ausbeutungsverhältnisse aufmerksam gemacht und die Frage nach dem aus der kapitalistischen Vergesellschaftung resultierenden Bewußtsein aufgeworfen.

Die Kategorie des (Klassen-)Bewußtseins wurde mit gutem Grund von undogmatischen Klassenlinken abgelehnt, weil man leninistische an-sich/für-sich-Konstruktionen, die immer eine aufklärerische Partei zwischenschalten wollen, vermeiden wollte. Vom Operaismus wurde die Klassenbewußtseinskategorie recht halbherzig mit der Terminologie (technische und politische) Klassenzusammensetzung ersetzt. Dem Problem der Ideologie als »notwendig falsches Bewußtsein«, wie Marx schrieb oder auch als situationsbedingt richtiges, wie Althusser meinte ihn korrigieren zu müssen, muß sich dennoch gestellt werden. Sonst würde man sich in die unheilige Allianz derjenigen einreihen, die die Ausführungen von Marx zum Fetischismus lediglich als philosophisches Beiwerk abtun und nicht als Kern einer radikalen Kritik sämtlicher Formen der kapitalistischen Vergesellschaftung, Denkformen inbegriffen, erkennen. Gerade in klassenkampflosen Zeiten hilft eine Theorie, die als Reflexion auf den Klassenkampf selbst entstand, wenig weiter, weil ohne offenen Klassenkampf die totalisierende Bewegung des Kapitals sich auch im Bewußtsein zeigt; das Kapitalverhältnis sich auch ideologisch totalisiert und zusammenschnürt.

Der aktuell - wie bei Holzmann zu sehen - anzutreffende Haß auf die Banken und Spekulanten und der Korporatismus mit der Führungsetage, das Deutschlandlied auf den Lippen, zeigt, daß strukturell der Antisemitismus keineswegs verschwunden ist und sich nicht allein in Form der Friedhofschändungen zeigt.

V.

Der reale Geschichtsverlauf hat auch die dem historischen Materialismus und dem

Marxismus zu Grunde liegenden Annahmen nicht bestätigt, sondern beispielsweise in Hinblick auf die Klassen-Frage mit dem 1. Weltkrieg und der Nationalisierung der Arbeiterklassen eher widerlegt. Das Band zwischen der Klassenkategorie als aufgrund der Ausbeutungsstruktur vorhandene einerseits und als revolutionstheoretische Kategorie andererseits scheint zerrissen zu sein: »Klasse« kann man offensichtlich nur noch als objektives Faktum, nicht mehr als subjektive, zur Revolution drängende Bewegung fassen. Da »Klasse« in revolutionstheoretischer Absicht nur global gedacht Sinn macht, stellt sich die Frage, ob man in dieser Weise heute von Klasse sprechen kann. [10] Gegen 1914 hatte 1917 rebelliert und unterlag, die Nationalisierung der Massen war der größte Hemmschuh einer weltweiten Revolution. Gerade die Entwicklung des Zionismus, der als bloß bürgerliches Projekt keine Zukunft gehabt hätte, sondern seine Kraft aus proletarischer Energie zog, und die Entstehung eines Arbeiter-Antisemitismus belegen die Grenzen eines internationalistischen Klassenbegriffs sehr deutlich. Der Zionismus war eine nationale Befreiungsbewegung mit sozialistischen Hoffnungen, die aufgrund der zerschlagenen Klassensolidarität entstand.

»Der sozialistische Zionismus (Anfang dieses Jahrhunderts) fand schnell großen Zulauf in der osteuropäischen Gemeinde, weil er den jüdischen Proletariern einen politischen Ausweg anbot, der auf der Hand zu liegen schien und in ihrem sozialistischen Bewußtsein auf Widerhall stieß. Die Juden Osteuropas bildeten die bei weitem größten Bataillone, während die sozialistischen zionistischen Parteien bald die vollkommene politische Hegemonie über die zionistische Weltorganisation erwarben. (...) Die Marxisten hatten leichtes Spiel, den sozialistischen Zionismus als ideologische Abweichung anzuprangern. Das Problem war jedoch nicht rein ideologischer Natur: die jüdischen Proletarier stießen auf die strukturelle Unmöglichkeit, sich in die europäischen Kämpfe einzureihen. Da die Internationalisten dies nicht verstanden und die Lage der proletarischen Juden abstrakt betrachteten, konnten sie ihnen auch nicht aus der Klemme helfen. Bekanntlich leistete die Zweite Internationale kaum Widerstand gegen die Ausschluß-Politik der polnischen Gewerkschaften gegenüber den jüdischen Proletariern. Und die österreichische Sozialdemokratie zeigte sogar großen Gefallen am 'volkstümlichen' Antisemitismus. Dieses Scheitern des proletarischen Internationalismus öffnete den Weg für die sozialistische zionistische Lösung. Die Errichtung des Staates Israel ist die direkte Folge des Scheiterns des proletarischen Internationalismus in Europa.« [11]

Dieses Scheitern des proletarischen Internationalismus, das hier hinsichtlich der Entstehung des Zionismus beschrieben wird, hatte 1914 seinen Höhepunkt erreicht. 1914 und 1933/39 stehen für die Auflösung einer antagonistischen Klassengesellschaft und leiteten das Ende der bisherigen revolutionären Theorie über diese Gesellschaft ein. So waren die Rätekommunisten Anton Pannekoek und Paul Mattick in ihren Ausführungen zur Krisentheorie noch in den 20er und 30er Jahren vom Glauben beseelt, daß die subjektiven und objektiven Faktoren der kapitalistischen Krise zusammenfallen müssen, die Arbeiter also die Revolution machen, wenn es ihnen stegig schlechter geht. Diese Auffassung blamierte sich an den Folgen von 1929.

Auch nach 1945 reflektierten Linksradikalismus und Rätekommunismus nie kritisch auf Auschwitz. [12] Innerhalb linksradikaler Gruppen herrscht immer noch das

Unvermögen vor, Auschwitz einen systematischen Ort in der Reflexion auf die kapitalistische Gesellschaft zu geben. Auch bei Wildcat. Jahrelang war die bevölkerungspolitische »Erklärung« der Massenvernichtung Standard. Doch die von Susanne Heim und Götz Aly vorgelegten Erkenntnisse über die Rolle der Großraumplaner und Bevölkerungstrategen bleiben bestimmten Fragen Antworten schuldig. Ich kann hier nur einiges anreißen. Der NS und seine Vernichtungspolitik hat mit den bürgerlichen Kategorien von rational/irrational aufgeräumt. Auschwitz war beides und doch nichts von beidem. Der Antisemitismus war konstitutiv für den NS als Bewegung und konnte die »antikapitalistischen Sehnsüchte« der krisengebeutelten Kleinbürger bedienen [13]. Der zentralistische NS-Staat und die Rolle der Bürokratie sind allerdings konstitutiv für Auschwitz. Der NS faßte beides, sowohl das Bewegungsmoment als auch das Statisch-Staatliche, zusammen: die antisemitische Leidenschaft, für die sich Goldhagen interessiert, und die bürokratischen Abläufe, die von Adorno/Horkheimer als »instrumentelle Vernunft« oder weitaus schwächer von Zygmunt Baumann in seiner Kritik der Moderne thematisiert wurden.

Generell kann der NS als ein System gesehen werden, das die Klassenverhältnisse moderierte, der Antisemitismus spielte dabei eine bedeutende Rolle. Der Nationalsozialismus der Jahre 1934-45 war die letzte Zuflucht des Kapitals in Deutschland, das die militär-keynesianische Variante der Stabilisierung und Mehrwertabpressung über Kriegswirtschaft und Expansionismus als Krisenlösung favorisierte, wobei der NS-Staat als realer Gesamtkapitalist auch gegen gewisse Interessen von Einzelkapitalen zu Gunsten der Reproduktion des Gesamtsystems verstieß.

Viele an Marx' Begriff des notwendig falschen Bewußtseins anknüpfende Erklärungen von Auschwitz wirken konstruiert. Beispielsweise Postones Versuch, aus der Warenform selbst die Vernichtung abzuleiten. Der verhasste Tauschwert sei im Juden personifiziert worden, die konkrete, gute deutsche Arbeit sei gebrauchswerthaft wahrgenommen worden. Die Vernichtung der Juden stelle demnach eine verkürzte antikapitalistische Revolte gegen den unfassbaren Wert dar. Im Gegensatz zu Postones Theorie, die im Nationalsozialismus romantizistischen »Antikapitalismus« ausgemacht haben will, faßt Enderwitz in »Antisemitismus und Volksstaat« den Nationalsozialismus folgendermaßen zusammen: »Von Staats wegen prätendiert wird ein Sozialismus im Dienste des Kapitals«. [14] Dadurch betritt ein Hauptakteur die Bühne, der von Postone beflissentlich unter den Teppich gekehrt wird: der militär-keynesianische Staat, der die deutsche Gesellschaft als Organisator der Verwertung total zu formieren trachtete. Wird dieser jedoch unterschlagen, so fehlt ein wesentliches Moment, das zu Auschwitz führte. Der NS-Staat trug beide Abgrenzungsmuster des Bürgers in sich, die er zur Vernichtungspraxis radikalisierte: Die rassistische Abgrenzung vom »Unwerten« und die antisemitische Abgrenzung vom unfaßbar Abstrakten. Außerdem konnte er über die Beute- und Raubzugsversprechungen eine soziale Perspektive für die Deutschen anbieten. Die »eliminatorische« Qualität des deutschen Antisemitismus - der Goldhagens Interesse gilt - erhielt dieser erst, als der Vernichtungswille zur Staatsräson wurde.

Der Nationalsozialismus war eine spezifisch deutsche, aus der Krise des Kapitals geborene Vermittlungsform zwischen Kapital und subalternen Klassen über den Staat.

Die Vorgeschichte des Verhältnisses der die NS-Ideologie affirmierenden und tragenden unteren Schichten zu Staat und Kapital, sowie das Verhältnis beider letztgenannten wird von Enderwitz folgendermaßen beschrieben: die preußisch-deutsche Staatsbürokratie habe sich wie keine andere schon im 19.Jahrhundert zur Treuhänderin von Kapital und Arbeit gemacht. So kann Enderwitz erklären, warum gerade in Deutschland die Wandlung vom Volks- zum Führerstaat mit mörderischem Antisemitismus unter dem Druck der Krise erfolgte.

Erst der NS-Staat, der in seiner Funktion als Propagandist und nicht nur ideellem, sondern vielmehr realem Gesamtkapitalisten des NS-Keynesianismus ab 1933 total die Gesellschaft beherrschte, konnte den herrschaftlichen Wunsch der konformistisch revoltierenden Subjekte einlösen und die einzigartige Tat begehen, in der deutschen Nation Kapital und Arbeit dadurch zusammenzuführen, indem die als »unwert« Definierten vernichtet werden sollten, während der deutsche Arbeiter zum »Vorarbeiter Europas« innerhalb des NS-Großraums geadelt wurde. Die Juden hatten die besondere Stellung, daß sie als »Luftmenschen« und »Zersetzer« die abstrakte Seite des Kapitalverhältnisses repräsentieren sollten. Insofern war Auschwitz tatsächlich »die wirkliche 'Deutsche Revolution' - die wirkliche Schein-'Umwälzung' der bestehenden Gesellschaftsformation«, wie Postone schreibt. Die historische »Leistung« des NS war die Konstitution eines so kapitalistischen wie rassistischen Gemeinwesens, das den Klassenkampf liquidierte und einte, indem es ausgrenzte und vernichtete.

Resümee:

Die Diskussionen um die antisemitischen Implikationen des antiimperialistisch-antizionistischen Weltbildes haben gezeigt, daß der Abschied von der Analyse von Klassenbeziehungen und Ausbeutungsstrukturen die Linke nur an die Seite eines staatlichen oder para-staatlichen Gebildes führt.

In der historischen und logischen Perspektive macht allerdings ein zum reinen Prinzip erstarrtes Festhalten am Klassenbegriff wenig Sinn, wo sich Klasse nicht mehr als solche verhält. Kommunisten haben auf die vor sich gehende Bewegung zu reflektieren. Das heißt aber auch, daß sich nach Auschwitz die bisherigen Koordinaten der Gesellschaftskritik verschoben haben. Der Massenmord an den Juden beraubte die Gesellschaft ihrer Begreifbarkeit in den klassischen Kategorien der Gesellschaftskritik, also auch der Klassenkategorie. Ideologie und Bewußtseinsformen, die reale Praxis werden und sind, müssen materialistisch untersucht und kritisiert werden. Darunter ist ein kritischer Materialismus nicht zu haben.

H. / Freiburg

Wildcat-Zirkular Nr. 56/57 - Mai 2000

Fußnoten:

[1] Hierfür hat Mario Keßler wertvolles Material geliefert: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, Main 1993

[2] Die Staatsorientierung der Existenzgeld-Forderung wurde hier ja auch an ande-

rer Stelle ausführlich kritisiert, dennoch ist gerade die pragmatische Forderung nach mehr Geld und die demonstrativ anti-produktivistische Stoßrichtung der Existenzgeld-Forderer eine Position, die sich mit Antisemitismus gerade sehr wenig verträgt. Ebenso ist die Treffsicherheit, mit der die kurdische Führung ihre Leute zur israelischen Botschaft dirigiert, auf dem Hintergrund antisemitischer Positionen innerhalb der kurdischen Nationalbewegung nicht bloß solidarisch zu kritisieren, sondern zu denunzieren. Der fehlende Humanismus allerdings, sich über tödliche Kugeln im Rücken demonstrierender Kurden nicht mehr empören zu können und stattdessen linke (?) zero tolerance und mehr deutsche Bullen vor israelischen Botschaften einzuklagen, ist nur Ausdruck der auf den Hund gekommenen Rest-Linken (vgl. jungle world 47/99 und 50/99).

[3] Zwei Beispiele rätekommunistischer Kritik seien genannt: Cajo Brendel, Thesen über die chinesische Revolution, Hamburg 1977 oder Bob Potter (von der englischen rätekommunistischen Gruppe Solidarity), Vietnam Superstar. Sieg für wen?, Berlin 1975.

[4] Vgl.: »Wie der Sozialstaat den Klassenkampf in Arbeiterbewegung verwandelt«, WC Nr.61/1993.

[5] Vgl.: beispielsweise: »Feuer und Flamme für diesen Staat! Rebellion von ganz rechts unten? Zu den Problemen des autonomen Politikverständnisses am Beispiel der rassistischen 'riots' von rechts gegen Asylbewerberunterkünfte«, in: Spezial Nr.88 Januar/Februar 1993; auch in der Ankündigung einer Arbeitsgruppe auf dem bahamas-Kongreß »Eine antideutsche Bilanz« mußte dies wider bessern Wissens aufgekocht werden. In diesen Kreisen hat man es offensichtlich nötig, abermals beweisen zu müssen, daß man sich einer Gemeinde, die fieberhaft an einer hieb- und stichfesten Ableitung des Rassismusbegriffs aus dem Kapitalverhältnis arbeitet, näher fühlt als den theoretisch nicht sonderlich sattelfesten Flugblattverteilern, die sich immerhin ins Handgemenge der damals keineswegs angenehmen Schönau begeben.

[6] In Wildcat Nr. 56/Juli/August 91 wurde auch über die antisemitische Agitation moslemischer Gruppen unter revoltierenden Jugendlichen der französischen Vorstädte berichtet.

[7] ak 344, 1.Juli 1992

[8] Adorno/Horkheimer, Elemente des Antisemitismus, in: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1969.

[9] Woher beispielsweise der Kurzschluß kommt, es gäbe eine Akzeptanz des Prinzips der Entlohnung durch die Arbeiterklasse aufgrund der Abhängigkeit vom Lohn, müßte gefragt werden. Die Sartresche Kategorie der Totalisierung wäre der recht aussichtslosen und geschichtspessimistischen Totalitätskategorie der kritischen Theorie ebenso vorzuziehen, sie läßt wenigstens noch den nötigen Raum für die Revolte und die Weigerung auch in der Produktion selbst (auch die Kategorie der Verantwortung kann so stärker zur Geltung kommen).

[10] Das Problem der weltweiten Ungleichzeitigkeit verschwindet zwar mit der weltweiten Proletarisierung, doch der Adressat der Kämpfe ist mehr denn je der Staat, eine neue Internationale (weder als organisatorisches Projekt, noch als qualitative Gleichzeitigkeit des Kampfes) ist nicht zu sehen.

[11] Le Brice-Glace, Der Zionismus. Mißgeburt der Arbeiterbewegung, TheKLa 14. Dies ist die einzig angemessene Kritik des Zionismus als nationale Befreiungsbewegung, die mir bekannt ist, weil sie die Voraussetzungen mitdenkt. Während die Linke zu Golfkriegszeiten ihren Suchfindungsprozeß zwischen »Bellizismus« oder »Pazifismus/Antiimperialismus«, Antizionismus oder Philosemitismus, »Pro- oder Contra-Israel« inszinierte, wurde von Wildcat in der TheKla-Reihe dieser herausragende Text herausgegeben, der von der Linken kaum beachtet wurde.

[12] Die bordigistische Linke hat dies nur in agitatorischer Hinsicht gemacht. Auschwitz selbst wird zu einem Völkermord unter vielen erklärt. Die Schwierigkeit der bordigistischen Linken, einige Ultralinke, die in das rechte Lager der Negationisten gewechselt sind, angemessen zu kritisieren, hat ihren Grund darin, daß auch den französischen Bordigisten die Herausstellung der Einmaligkeit des NS und der Vernichtungspolitik als eine Apologie der bürgerlichen Gesellschaft erscheint. Eine Reflexion auf die Barbarei hätte darüberhinaus auch die geschichtsoptimistische Behauptung einer erst kapitalistischen, dann im Umschlag kommunistischen Aufstiegsgeschichte schmälern können. Vgl. auch die Kritik an Gilles Dauvé von T./Freiburg, Gedanken zu Gilles Dauvé »Kommunismus und Kapitalismus«, WC-Zirkular Nr.54.

[13] Vgl.: Moishe Postone, Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: diskus-Texte der Neuen Linken, Berlin 92. Trotz seiner generalisierten, ableitungstheoretischen Bestimmung des Antisemitismus aus der Warenform und einer Ignoranz gegenüber der Rolle des Staates wird hier die »antikapitalistische« Rebellion als romantizistischer Reflex gegen das Abstrakte, gegen die Börse, im Namen einer hypostasierten konkreten Arbeit richtig beschrieben.

[14] Ulrich Enderwitz, Antisemitismus und Volksstaat, Freiburg 1991.

****

Der israelisch-palästinensische Konflikt eskaliert

Uri Avnery im Interview mit Tobias Pflüger

Tobias Pflüger: Die Wahlen in Israel am 06. Februar sind erwartungsgemäß ausgegangen. Ariel Scharon ist neuer israelischer Ministerpräsident. Sie haben lange Zeit für die Abgabe von weißen Stimmzetteln geworben, weil Ehud Barak wesentlich für das brutale Vorgehen der israelischen Militärs gegenüber Palästinensern verantwortlich sei. Ehud Barak hatte aber im Westen den Nimbus eines Friedensministerpräsidenten.

Uri Avnery: Der Eindruck, Barak sei ein Friedensministerpräsident gewesen, ist eine Legende. Unter Barak wurden die Siedlungen in den besetzten Gebieten stärker erweitert, als unter all seinen Vorgängern. Der Krieg gegen die Palästinenser ging uneingeschränkt weiter. Auch die Aussage, er hätte den Palästinensern Zugeständnisse gemacht, die ein Frieden ermöglicht hätten, ist eine Legende. Barak war weit davon entfernt das zu tun, was nötig gewesen wäre um einen Frieden zu ermöglichen. Er war nicht bereit auf die israelische Souveränität über den Tempelberg zu verzichten, er war nicht bereit irgendeinen Kompromiss zur Lösung der Flüchtlingsfrage zu machen, er wollte große Teile des Westjordanlandes durch Israel annektieren. Positionen, die es keinem palästinensischen Führer ermöglicht hätten, einen Kompromiss mit Israel zu schließen.

Pflüger: Sie haben kurz vor der Wahl dann doch noch aufgerufen, Ehud Barak statt Ariel Scharon zu wählen, mit welcher Begründung?

Avnery: Im Vergleich zu Scharon sind alle anderen weniger schlimm. Ich hatte die Wahl zwischen einem sehr schlimmen Ministerpräsidenten und einem noch viel schlimmeren, da habe ich den schlimmen gewählt.

Pflüger: Was erwarten Sie von Scharon und wie denken Sie, wird sich die Situation insbesondere in Bezug auf die von Israel besetzten palästinensischen Gebiete entwickeln?

Avnery: Scharon ist ein Kriegsministerpräsident, in allen praktischen Punkten vertritt er das Gegenteil von dem, was die Palästinenser wollen. Im Augenblick ist er damit beschäftigt, seine Legitimität in den Augen der Welt zu erhöhen, in dem er die zerrüttete Arbeitspartei für einen billigen Preis einkauft. Praktisch hat er Shimon Peres bestochen mit dem Amt des Außenministers und die Partei mit dem Amt des Verteidigungsministers. Die Arbeitspartei gibt Scharon ein Alibi, in dem sie die zwei wichtigsten Sektoren des zukünftigen Krieges, nämlich Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten, übernimmt. Alles was jetzt unter Scharon passieren wird, wird damit auf

die »Konten« der Arbeitspartei geschrieben. Für die Eskalation der Gewalt in den besetzten Gebieten, die praktisch unabwendbar ist, wird ein Arbeitspartei-Verteidigungsminister verantwortlich gemacht werden und Shimon Peres wird die Kriegspolitik von Scharon unterschreiben. Diese Situation ist das Allerschlimmste, was überhaupt passieren konnte.

Pflüger: Wieso macht Shimon Peres das mit?

Avnery: Aus persönlichen Ehrgeiz. Shimon Peres ist 78 Jahre alt, er ist besessen von der Angst, seinen Posten zu verlieren und von der politischen Bühne zu verschwinden und darum tut er, was andere vor ihm schon getan haben: Er verkauft seinen Nimbus in der Welt, seinen Friedensnobelpreis um an der »Macht« zu sein.

Pflüger: Welche Position nehmen die verschiedenen Gruppen der israelischen Friedensbewegung zum Israel-Palästina-Konflikt ein?

Avnery: Die israelische Friedensbewegung ist jetzt in einem sehr sehr schwierigen Zustand. Besonders nach dem Ausbruch des Freiheitskrieges, Intifada genannt, ist ein großer Teil der sogenannten Friedensbewegung umgefallen. Nur der harte Kern der Friedensbewegung hat standgehalten. Dieser harte Kern ist jetzt dabei, sich auf die neue Situation einzustellen und den Friedenskampf weiter zu führen.

Dabei sind wir in der israelischen Öffentlichkeit ziemlich isoliert und durch die Eskalation des palästinensischen Freiheitskampfes sind auch die Beziehungen zu den Palästinensern komplizierter geworden. In einem Freiheitskampf will jedes Volk seine nationale Einheit bewahren. Nationale Einheit auf der palästinensischen Seite bedeutet aber ein großes Bündnis zwischen der Fatah-Bewegung, der fundamentalistischen Hamas-Bewegung, der extremistischen Djihad-Bewegung und vielen anderen. Das macht natürlich die Arbeitsbedingungen der Friedensbewegung sehr kompliziert.

Pflüger: Wird es wieder mehr Widerstand von anderen israelischen Gruppen unter Scharon geben, weil man jetzt glaubt, nicht mehr so viel Rücksicht auf die Arbeitspartei nehmen zu müssen?

Avnery: Der große Teil der israelischen Friedensbewegung, besonders die Bewegung »Peace Now« (Frieden jetzt, Shalom Ahshav) ist traditionell abhängig von der Arbeitspartei und von der Meretz-Partei. Die Arbeiterpartei ist in der Koalition mit den Rechtsradikalen, mit den extremsten Rechtsradikalen. Ein anderer Teil der Arbeitspartei ist gegen diese Koalition, aber man weiß noch nicht, wie sie sich praktisch verhalten wird. Die Meretz-Partei wird in der Opposition sein. Alles das wird einen Teil der Friedensbewegung »Peace Now« vor eine sehr schwere Prüfung stellen. Ich glaube, man kann heute noch nicht sagen wie das ausgehen wird. Zur Zeit hat »Peace Now« noch keine klare Position, sie befasst lediglich sich mit nebensächlichen kleinen Zwischenfällen. Es wird wohl noch einige Wochen oder Monate dauern, bis wir sehen, ob diese Bewegung überhaupt noch funktioniert. Der harte Kern der Friedensbewegung, zu dem auch ich gehöre, besonders die Bewegung Gush-Shalom, der Friedensblock, sieht seine Aufgabe darin, kompromisslose Opposition gegen diese Regierung zu machen und eindeutige Friedenspositionen zu vertreten. Ganz egal was die öffentliche Meinung dazu heute sagt, wir setzen uns ein für die Rückgabe von Ostjerusalem an die Palästinenser - inklusive Tempelberg, für die Aufgabe aller Sied-

lungen, die Wiederherstellung der alten Grenze, der sogenannten »grünen Linie«, für einen unabhängigen Staat Palästina und einen vernünftigen Kompromiss in der Flüchtlingsfrage.

Wir erwarten, dass in den nächsten Monaten die Lage im Lande noch viel schlimmer wird, der gewalttätige Kampf sich weiter verschärft. Wir hoffen aber, dass nach dieser Phase der Gewalt eine Ernüchterung eintritt und dann unsere Position eine klare Basis für einen Frieden bieten kann.

Pflüger: Keine guten Aussichten...

Avnery: ... schlimme Aussichten! Doch ich bin trotzdem auch optimistisch. Man muss immer bedenken, dass wir in einem Kampf sind, der schon 120 Jahre lang andauert, in den schon eine 5. Generation hineingeboren wurde. Es wäre utopisch zu erwarten, dass die Friedensarbeit leicht oder schnell zum Erfolg kommen könnte. Es ist ein langer Weg mit Schritten vorwärts, aber auch mit Schritten zurück. Im Augenblick machen wir einem großen Schritt rückwärts, aber wir hoffen, dass wir danach auch wieder einen großen Sprung vorwärts machen können.

Pflüger: Wir hatten in Tel Aviv im November ein Gespräch mit einem israelischen Politologen, der die Siedler in verschiedene Gruppen - in ökonomische und ideologische Siedler - einteilte. Er sprach von 200.000 Siedlern, die unter der Regierung Barak im besetzten Gebiet lebten, soviel wie nie zuvor. Von diesen Siedlern seien ca. 50.000 extrem religiös motiviert und ca. 500 gewalttätig und gefährlich. Er meinte außerdem, dass ein Grossteil der israelischen Siedler durchaus bereit wäre, Regierungshilfen vorausgesetzt, die besetzten Gebiete sofort zu verlassen.

Avnery: Man darf die Differenzierung der Siedler nicht übertreiben. Der harte Kern der Siedler ist eine ultrareligiöse, messianische, rechtsradikale Sekte und die beherrscht alle Siedlungen, d.h. die Institutionen der Siedler werden vollkommen von diesem harten Kern beherrscht. Das sind dieselben Leute, die gestern vorgeschlagen haben, Jassir Arafat umzubringen. Natürlich gibt es viele Siedler, die dort nicht aus ideologischen Gründen hingegangen sind, sondern deshalb, weil sie praktisch für umsonst »Luxusvillen« bekommen haben, oder weil sie aus den israelischen Städten in diese pastorale Landschaft gehen wollten um dort eine neue »Lebensqualität« zu suchen. Aber dadurch, dass sie in den Siedlungen leben, auf geraubtem arabischen Boden, mit geraubtem arabischen Wasser, werden sie langsam genauso schlimm, wie die ideologischen Siedler. Die große Frage ist: Wenn jemals eine israelische Regierung ans Ruder kommt, die den Frieden will und bereit ist Frieden zu machen, wenn dann alle Siedler oder ein großer Teil der Siedler die besetzten Gebiete räumen muss, wird es dann zu einem Bürgerkrieg kommen? Ich würde sagen, wenn der Abzug aus den besetzten Gebieten gescheit und vernünftig gemacht wird, kann man einen Bürgerkrieg vermeiden, obwohl der harte Kern der Siedler, der ideologische Kern, ganz sicher gewalttätigen Widerstand leisten wird.

Pflüger: In Deutschland sind relevante Teile der Linken nicht bereit die israelische Besatzungs- und Kriegspolitik zu kritisieren. Es heißt, aufgrund der Geschichte dürfe man Israel nicht kritisieren. Immer wieder werden auch moderate Kritiker der israelischen Regierungspolitik mit dem Vorwurf des Antisemitismus überzogen.

Avnery: Deutschland hat eine schlimme Vergangenheit und muss sich mit dieser

Vergangenheit auseinandersetzen. Doch es gibt eine Art unangenehmen Philosemitismus, der mich genauso unangenehm berührt, wie der Antisemitismus. Das ist eine Sonderbehandlung, eine positive Sonderbehandlung, die im Prinzip nicht sehr weit entfernt ist von der negativen Sonderbehandlung. Israel muss genauso betrachtet werden wie jeder andere Staat der Welt, mit denselben moralischen Maßstäben.Teile der deutschen Öffentlichkeit drücken sich vor einer klaren Positionierung mit dem Vorwand, dass der Holocaust es verbietet. Der Holocaust hat aber überhaupt nichts damit zu tun, was israelische Politik heute macht. Es gibt, das muss man hinzufügen, antisemitische Einstellungen, es gibt auch einen Antisemitismus der sich tarnt als ein Antizionismus. Dieser muss natürlich bekämpft werden. Es ist übrigens sehr dumm, wenn Palästinenser oder Araber, diese Art Antisemitismus unterstützen, denn es ist ja der Antisemitismus, der die Juden nach Israel getrieben hat und treibt. Eine Million Juden sind in den letzten Jahren aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion nach Israel gekommen, getrieben durch den Antisemitismus. Der Antisemitismus ist also genau so ein Feind der Araber, wie ein Feind der Juden.

Pflüger: Was ist die richtige Konsequenz aus der deutschen Geschichte? Wie sollen sich Deutsche zum Israel - Palästina-Konflikt verhalten?

Avnery: Deutschland sollte eine moralische Innen- und Außenpolitik betreiben. Eine moralische Außenpolitik bedeutet, gegenüber allen Staaten der Welt, inklusive Israel, dieselben moralischen Maßstäbe anlegen. Wenn die Deutschen glauben, dass Israel eine falsche Politik betreibt, dann sollen sie das klar ausdrücken. Eine unkritische Einstellung Israel gegenüber zeugt nicht davon, dass man positiv zu Israel steht, wirkliche Freundschaft bedeutet, dass man auch kritisch ist und sagt, was man glaubt, dass es gut für Israel ist. Deutschland sollte eine wirkliche Friedenspolitik unterstützen in Europa, auf internationalem Gebiet, überall. Ich möchte Ihnen ein praktisches Beispiel geben: Wir glauben, dass die Siedlungen das Haupthindernis sind zu einem Frieden. Weil die Siedlungen von beginn an aufgestellt worden, um einen Frieden unmöglich zu machen, um das palästinensische Gebiet so zu zerschneiden, dass ein palästinensischer Staat nicht zustande kommen kann. Deshalb haben wir schon vor 5 Jahren hier in Israel zu einem Boykott aufgerufen gegen die Erzeugnisse aus den Siedlungen. In der Europäischen Union, ist das registriert und aufgegriffen worden. Die EU hat einen Handelsvertrag mit Israel, der Israel sehr große Vergünstigungen gewährt, der aber nur auf das israelische Hoheitsgebiet beschränkt ist. Jetzt werden die Erzeugnisse aus den Siedlungen nach Europa hineingeschleust als israelische Erzeugnisse. Es handelt sich um Produkte für ungefähr 200 Millionen Dollars pro Jahr. Die Bürokratie in Brüssel weiß das, will etwas dagegen unternehmen, kann es aber nicht, weil einige europäische Staaten, besonders Deutschland, sich sperren. Europa unterstützt diese illegalen Siedlungen also jährlich mit rund 200 Millionen Dollar. Ich finde das unerhört!

Pflüger: Im Jahr 2000 wurde in Israel ein Armutsbericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass es vor allem bei den palästinensischen Israelis und den orientalischen Juden viel Armut gibt. Das alltägliche Leben der Palästinenser ist durch Absperrung, Einschränkungen, durch nächtliche Bombardierungen geprägt. Welche Möglichkei-

ten gibt es der unter diesen Bedingungen lebenden Bevölkerung von hier aus wirksam zu helfen?

Avnery: Man sich überhaupt nicht vorstellen kann wie heute ein gewöhnlicher Palästinenser lebt: In einem Dorf, das durch die israelischen Streitkräfte von der ganzen Welt abgeschnitten ist, in dem jeder Handel und überhaupt jede wirtschaftliche Tätigkeit so gut wie unmöglich ist, wo die große Mehrheit der Menschen arbeitslos ist, wo täglich von beiden Seiten geschossen wird, wo täglich Leute umkommen. Täglich! Das ist ein schrecklicher Zustand und um das zu überstehen, braucht die palästinensische Bevölkerung jede mögliche Unterstützung, Lebensmittel, Medikamente und besonders Geld. Doch so viel ich weiß kommen nur sehr sehr wenige Hilfsleistungen, es sind Tropfen, Tropfen ins Meer.

Zu Israel: Die Armen werden ärmer und die Reichen werden reicher. Die israelische Gesellschaft ist so eingerichtet, dass die Wohlhabenden meistens aus Europa stammen und die Armen aus den orientalischen Ländern. Die ärmste Schicht, das sind die arabischen Staatsbürger Israels, die eine Minderheit von 20% im Staate sind.

Pflüger: Wie bewerten Sie die Vermittlung der US-Regierung im Israel-Palästina-Konflikt? Sind die USA neutraler Vermittler? Welche Rolle sollten Ihrer Ansicht nach die europäischen Regierungen spielen?

Avnery: Die Amerikaner können nicht wirklich vermitteln. Selbst Präsident Clinton, der wirklich große Vermittlungsversuche unternommen hat, war von den jüdischen Stimmen in Amerika abhängig, seine Frau ist mit den jüdischen Stimmen gewählt worden. Seine letzten Vorschläge, die Vorschläge die er veröffentlicht hat, kurz bevor er sein Amt verlassen musste, sind zwar bei weitem positiver als frühere amerikanische Einstellungen, aber auch diese sind noch weit entfernt davon, eine wirkliche unparteiische Vermittlung zu sein. Die neue Regierung sieht auch nicht sehr gut aus in dieser Beziehung, obwohl wir noch abwarten müssen, wie sie sich einstellen wird. Ich glaube, sie hat überhaupt weniger Interesse an diesem Konflikt, sie konzentriert sich auf den Irak und versucht die arabische Koalition gegen den Irak wieder herzustellen.

Ich bedauere, dass Europa, das eine viel wichtigere Rolle spielen könnte, schon seit langem im Nahen Osten abgedankt hat, keine eigenen Interessen mehr vertritt. Für uns im Nahen Osten ist Europa Mätresse der USA, es tanzt nach der amerikanischen Musik.

Pflüger: Sehen sie Möglichkeiten für friedensorientierte Basisgruppen hierzulande und in Europa zur Unterstützung palästinensischer und israelischer Basisgruppen, praktisch von Initiative zu Initiative?

Avnery: Es gibt viele Möglichkeiten, Friedensorganisationen auf beiden Seiten materiell oder auch moralisch zu unterstützen. Die Organisation zu der ich gehöre, Gush-Shalom, bekommt z.B. Unterstützungen aus Holland und einigen anderen Staaten, aber so gut wie keine Unterstützung aus Deutschland. Deutschland hat verschiedene Stiftungen, die alle möglichen offiziellen Organisationen unterstützen, aber keine Friedensbewegungen.

Lassen sie mich eine konkrete Sache ansprechen. Auch in der gegenwärtigen schwierigen Situation wäre es z.B. möglich, in Deutschland oder in anderen europäi-

schen Ländern Konferenzen durchzuführen, zu denen Israelis und Palästinenser eingeladen werden, um die Punkte zu diskutieren, die für die Einleitung eines erneuten Friedensprozesses wichtig sind: Die Flüchtlingsfrage, die Frage Jerusalems, die Frage der Siedlungen usw. Auch wenn es in diesem Augenblick sehr schwer ist für Palästinenser sich mit Israelis zu treffen. Es gibt viele mutige Palästinenser und es gibt auch mutige Israelis. Man kann sehr viel tun, um diese Gruppen zu unterstützen.

Pflüger: Eine abschließende Frage: Häufig ist ein Problem, dass die Leute nicht wissen, wo sie sich informieren sollen, über welche Presseorgane, wo im Internet. Was würden Sie denn empfehlen?

Avnery: Das Bild in den europäischen Medien ist geprägt von israelischer Propaganda. Wie in Israel selbst ist es auch in Europa äußerst schwer ein wirkliches und unabhängiges Bild zu bekommen. Wir bei Gush-Shalom haben eine Internetseite: www.gush-shalom.org, dort können Sie auch die Adressen anderer Friedensorganisationen und Medien finden.

Pflüger: Vielen Dank und alles Gute für ihre Arbeit und die von Gush-Shalom.

Uri Avnery lebt in Tel Aviv und arbeitet als Publizist. Er wurde 1923 in Berkum/ Westfalen geboren und ist 1933 nach Palästina ausgewandert. Er war mehrfach Mitglied der israelischen Knesset und gründete als Fortsetzung seiner - seit 1948 andauernden - Friedensarbeit gemeinsam mit anderen 1992 die Gruppe Gush-Shalom (Friedensblock).

Tobias Pflüger war im November letzten Jahres in Israel und Palästina. Dabei besuchte er u.a. auch Gush-Shalom. Das vorliegende Interview führte er für »Wissenschaft und Frieden« am 28.02.2001.

E-Mail: uravnery@netvision.net.il

Wissenschaft und Frieden W&F 2/2001

****

Andrea Woeldike

Menschenrechtsimperialisten und Antiimps gegen Israel

Der Antizionismus ist als grundlegendes Merkmal einer sich links gerierenden Bewegung obsolet geworden. Mit der Wiedervereinigung ist der „Antisemitismus der dummen Kerls" (Isaac Deutscher), bisher ein Vorrecht der Linken, zum Bestandteil des politischen Selbstverständnisses Deutschlands geworden. Bis dahin galt der staatlich verordnete Philosemitismus, bei dem selbstverständlich „das Tuscheln" ebenso wie „das Gerücht" (Adorno) über „die Juden" nie verstummte, sondern immer präsent war. Wer sich damals offen antisemitisch äußern und dabei „anständig" bleiben wollte, musste sich der Linken anschließen, lebte diese doch ihre antisemitischen Projektionen mittels des Antizionismus ungeniert aus. „Der israelische Unterdrücker, der (...) friedliches palästinensisches Land zerstampft. Anti-Israelismus, Antizionismus in reinstem Vernehmen mit dem Antisemitismus von dazumal, (...) wie sich endlich die Bilder gleichen! Doch neu ist in der Tat die Ansiedlung des Anti-Israelismus sich gerierenden Antisemitismus auf der Linken. (...) Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestreitung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt." (1)

Seit sich die Bundesregierung aus oben erwähnter Linken rekrutiert, wird nicht nur noch aggressiver als zuvor „das Selbstbestimmungsrecht der Völker" und damit untrennbar verbunden die „antisemitische Regung" (Adorno), welche sich gegen den „US-Imperialismus" wendet, als Akt der bloßen Volksbefreiung zur offiziellen Außenpolitik erhoben, sondern explizit der „Antizionismus". Dies ergänzt mit dem Antisemitismus der Deutschen, der im Prozesse der „Normalisierung" der „wiederzusammenwachsenden Nation" immer unverblümter und offener artikuliert wird. Der unaufhaltsamen Läuterung einer „ganz normalen Nation" steht der noch immer gepflegte „heimliche Stolz auf den längsten Schatten der Geschichte" nicht im Wege, im Gegenteil.

Den Antiimperialisten bleibt insofern beim Versuch, sich vom offiziellen Antizionismus abzugrenzen, nur noch, sich allein über das „Lebensgefühl der permanenten Belagerung, der allgegenwärtigen Bedrohung und der ständigen Nötigung zur Notwehr" (2) zu definieren. Mit Beginn der sogenannten Al Aqsa-Intifada wurden sowohl die bürgerlichen Medien als auch die Bewegungslinken unisono von Projektion und Paranoia überwältigt. Konnten sich die einen hierbei allerdings konform mit den Vorstellungen der Nation bewegen, mußten die anderen den Umweg nehmen, sich in „formalen Gegensatz zur politischen Klasse und zur Macht" zu stellen, um dennoch „ihre wirkliche Einheit mit dem Staat als solchem" (3) zu bekunden.

Im Gleichklang mit den bürgerlichen Medien wird ein UN-Einsatz, selbstverständlich unter deutscher Beteiligung, propagiert. Ganz im Sinne der „verfolgenden Unschuld" (Kraus) werfen Restlinke, wo auch immer sich ihnen die Möglichkeit bietet, die Frage auf, warum die israelische Armee einseitig nur gegen die „unterdrückten Palästinenser" vorgehe und nicht endlich konsequent gegen die Siedler; im Klartext: warum der permanente Druck auf die israelische Gesellschaft nicht endlich zu den gewünschten Spaltungen führe und dabei Juden auf Juden schießen mögen. Geschehe dies nicht, sei eine UN-Intervention geboten. Dagegen fordert der außenpolitische Koordinator der grünen Bundestagsfraktion und Vorstandsmitglied des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten e.V., Christian Sterzig, eine Intervention durch Blauhelme - wegen der besonderen Verantwortung Deutschlands - natürlich unter deutscher Beteiligung in der „Region des nahen Ostens" ein. Angesichts eines bisherigen „Vermittlers, dessen Nähe zu israelischen Verhandlungspositionen unbestritten" sei, müsse sich „Deutschland mehr als bisher für eine aktive Rolle der EU in der Region einsetzen" und dürfe in diesem Konflikt nicht länger nur durch „politische Abwesenheit" glänzen, denn nur so sei ein längerfristiger Frieden zu erreichen. (4)

Antiimps im Kampf für die Meinungsfreiheit

Anscheinend hat auch der diejenige antiimperialistische Linke, welche sich im Gestus der ewig Verfolgen sich als von der gesamten Gesellschaft diffamiert begreift, außer einem Beschwören diffuser Menschenrechte keine Inhalte zu offerieren. Der Wunsch, sich in den „Schmelztiegel des Kollektiv-Ichs (zu) werfen" (5), gebiert Projektionen und Paranoia - von der übelsten Machart - wie bei einer Sendung (6) des Hamburger Freien Senderkombinats Ende Oktober letzten Jahres vorgeführt wurde. Unter dem Titel „Zur aktuellen Situation in den palästinensischen Gebieten und Israel" zählte ein „palästinensischer Genosse" - das reichte wohl, um zu „wissen", daß er auf der „guten" Seite stehe - die „Opfer im Krieg für die Unabhängigkeit" auf. Dabei unterschied er ganz im Verständnis der Blut- und Bodenideologie zwischen Palästinensern - also wohl „wirklich echte, reine" - und Palästinensern, „die israelische Pässe" haben - letztere scheinen also „eher unecht" zu sein. Tote Israelis, wurde dann weiter sortiert „halten (wir) nicht für Opfer, weil wir hier die Angreifer und die Opfer nicht gleichstellen können." Woraufhin er das Schreckbild eines jeden (linken) Deutschen an die Wand malte: durch die Israelis sei Palästina derart „zerrissen", daß nur noch ein palästinensisches Gebilde bestehe, „kein richtiger Staat". Israel sei ebenfalls keiner, sondern nur „ein amerikanischer militärischer Stützpunkt mit Atomwaffen und ein bißchen Menschen drauf". Im gleichen Atemzug werden Arafat und die palästinensischen Autonomiebehörden wieder einmal zum „verlängerte(n) Arm von den Israelis" erklärt, die arabischen Staaten als „Marionetten von Amerika" enttarnt und auch die sozialrevolutionäre Phrase fehlt nicht: „Die Linke hat immer gesagt, das (Osloer Abkommen) ist nicht ein Frieden zwischen den Menschen, sondern dass ist ein Frieden des Kapitals." Offenkundig gibt es an dem „Aufstand" der Intifada nichts andres zu verteidigen, als daß sie eine Volksbewegung um der Volksbewegung willen ist. Nicht einmal der Wunsch nach „Modernisierung" scheint auf, sondern nur noch die „reine" Gewalt und der „reine"

Aufstand, sowie die „gerechte Wut des Volkes". Bereits 1991 konstatierte schließlich schon der PLO-Funktionär Sharif, daß der nationale Befreiungskampf etwas anderes sei als der Kampf um emanzipatorische Strukturen.

Allem Ambitionierten entledigt, bleiben bloß Taktik und „Solidarität". Nach der obligatorischen Frage, warum immer noch keine UN-Intervention in Israel erfolgt sei, einigte man sich in der Sendung darauf, einfach auf die „Kraft des palästinensischen Volkes" und die „arabischen Massen" zu vertrauen. Um diesen zum Sieg zu verhelfen, sei es notwendig, „daß die Bundesrepublik ihre Unterstützung für Israel einstellt, diese unglaubliche Unterstützung." Doch damit nicht genug: Anschließend rechnete der Palästinenser in einem irrwitzigen Rechenspiel, welches alle mathematischen Regeln außer Kraft setze, vor, daß sich Geld bei den Israelis eben immer schier unglaublich zu vermehren scheint: „Nur als Wiedergutmachung wurden 100 Milliarden DM bis jetzt an Israel bezahlt, (...) 100 Milliarden DM für 5 Millionen Israelis und wenn wir alle Generationen der Israelis, die in Palästina waren seit 48, dann kommen wir höchstens auf 20 Mio. Israelis. (...) Das sind pro Kopf, äh, 10 000 Millionen (sic!). 10 000 Millionen hat Israel pro Kopf von Deutschland alleine bekommen als Wiedergutmachung." Dem co-moderierenden deutschen „Genossen" erschien diese wundersame Geldvermehrung durchaus nicht merkwürdig. Offenkundig von dem „Wissen" über die „Macht der Juden" durchdrungen, ließ er sich auch noch von seiner auf Israel gemünzten reflexhaften Faschismusassoziation überwältigen: „Wenn ich dazu noch was bemerken kann, und zwar war bei diesen Verhandlungen über die sogenannte Wiedergutmachung, die ja nicht den Opfern der Shoah zugute kommen, sondern dem israelischen Staat und diesem dazu dienen seinen militärischen Apparat, die Unterdrükkung dort auszubauen, an diesen Verhandlungen waren unter anderem auch der bekannte, an den Nürnberger Rassegesetzen mitwirkende Globke beteiligt, 1948 (7). Also das ist vielleicht auch ein ganz interessanter Punkt in dem Zusammenhang".

Nachdem der ebenfalls wohl unvermeintliche Satz gefallen war: „(...) nach 50 Jahren Massaker, Vertreibung, wir haben alles erlebt, was die Juden damals erlebt haben, KZ, Vertreibung, 100 Millionen Flüchtlinge, verschiedene Massaker, wir haben alles erlebt", kam man auf das, wie im, nachhinein betont wurde, eigentliche Thema: Die wohl übermächtige antideutsche Zensur die sich konformistisch gegen die Antizionisten als einen „Stachel der Gesellschaft" richtete (8). Sich „Linksradikal gebärdende Zeitungen, wie konkret und BAHAMAS" hätten es sich zur Aufgabe gemacht, „die Reste einer noch bestehenden Anti-Imperialistischen Linken endgültig zu zerschlagen." Dabei würden sie nicht davor zurückschrecken, „offen imperialistische Aggressionspolitik zu verteidigen" und zudem auch noch die letzten linken Zeitungen wie Interim zu „verunsichern". In einem Interview (9) betonten die beiden verantwortlichen, damals bereits suspendierten, Redakteure ein weiteres Mal, wo sie den Feind sehen: „Die antinationale Fraktion ist vorwiegend damit beschäftigt, anderen Linken die Relativierung der Shoa nachzuweisen. Dieser ausschließliche Blick auf die Geschichte verdrängt eine Position zur politischen Situation der Gegenwart." Mit dem „Totschlagargument 'Antisemitismus'" wofür man den „Beweis" „allerdings bis jetzt schludig geblieben" sei, werde versucht „antikapitalistische Positionen aus dem Radio zu drängen" um den „politischen Gegner mundtot" zu machen.

Nachdem den beiden Moderatoren durch einen radiointernen Delegiertenrat ein Sendeverbot ausgesprochen wurde, stieg der latente Leidensdruck eines Teiles der Hamburger Szene weiter an. Kollektiv wurde die Unschuld derjenigen betont, die sich für die „Opfer der Opfer" - also Palästinenser wie Deutsche - einsetzen. In zwanghafter Übertragung wurde in zahllosen Flugblättern, Unterschriftenlisten und Veranstaltungen die „böse Machtclique" angeprangert, welche mittels „Strohleuten, welche auch nicht davor zurückschreckten studentische Gelder zu veruntreuen", „undemokratisch" die „Zensurkeule" schwänge.

Das Elend des Antiimperialismus

Dieses identitätsstiftende Leiden ist jedoch keineswegs das Vorrecht der „Linken", sondern Grundkonsens des kollektiven deutschen „Wir". Dies zeigte sich in jüngster Zeit nicht nur in einer Spiegel-Umfrage anläßlich der Deutschlandreise Norman Finkelsteins, bei der zwei Drittel aller Befragten angaben, sie seien davon überzeugt, jüdische Organisationen bereicherten sich auf „unsere" Kosten (10), sondern auch anhand der Forderung, man könne „nicht länger tatenlos mit ansehen, dass Israel sich immer noch jeglicher Kritik entziehe". Zudem , so ergänzen die Antiimperialisten, sei der Rassismus Israels schlimmer als der der Nationalsozialisten. (11) Die bürgerlichen Medien verbreiten dergleichen Aussagen durch die unkommentierte Wiedergabe entsprechender Aussprüche diverser arabischer Staatschefs. (12) Um ein antisemitisches Ressentiment gegen Israel und den „Zionismus" zu wenden, bedarf es heute keiner „Linksradikalen" mehr. Die folgenden Zitate zeigen, daß die bürgerlichen Medien das ganz alleine können. Israel mit dem Apartheidsystem Südafrikas gleichzusetzen, und sich über den „Bantustatus" der Palästinenser zu empören, ist z.B. kein O-Ton aus der jungen Welt, sondern eine Einschätzung der FR. Als selbstverständlich gilt es, den Israelis deutlich machen zu wollen, daß „Frieden" etwas „kostet" (SZ). Auch habe Barak nur ein uneindeutiges „Hin- und Her" geboten (FAZ) und aus „Machtinteresse" gehandelt (Spiegel), während der „Schlächter Scharon" (MOPO-HH) als „Trampeltier" (jW) den Al Aqsa-Aufstand auslöste, auch wenn dieser schon seit Aarafats Rückkehr aus Camp David geplant war, wie der Minister für Kommunikation der Palästinensischen Autonomiebehörde, Imad Al-Falujii, in einer Rede klarstellte (13). In der Al Aqsa-Intifada findet der populäre Nationalismus erneut zu sich selbst, wie z.B. der zur Zeit beliebteste ägyptische Popsong zeigt. Der Refrain für dieses „Solidaritätssong für die Intifada" (FR) lautet: „Ich hasse Israel. Ich liebe Amr Mussa" (14). Der Aufstand wird gemeinhin als „unschuldig" und „völlig berechtigt" angesehen, als von einem Volk initiiert, welches „noch nicht zu sich selbst gefunden hat" und deshalb nicht an denselben Maßstäben wie Israel gemessen werden dürfe (15). Demgegenüber habe Israel sich „widerrechtlich dieses Gebiet angeeignet" und damit „1948 die Ursünde gegen die Palästinenser begangen" (FR, SZ). In diesem Staat, dessen „meiste(n) Bewohner ihr Lebensrecht aus dem alten Testament ziehen" (Stuttgarter Zeitung), hätte es nie Probleme gegeben, wären nicht die Zionisten aufgetaucht, denn diese seien „"die einzigen, die da von Anfang an Probleme bereitet haben." (16) Konsens ist es, neben der inzwischen unerläßlichen Versicherung, das Existenzrecht Israels nicht in Frage zu stellen, das Moderne des staatskonstituierenden Zionismus

zu bestreiten. Der Zionismus wird stellvertretend für die Juden zum Problem „Palästinas" erklärt. Entweder wird dieser als eine „überholte Religionsbewegung" (FR, SZ) angesehen oder die „letzten aufrechten Kämpfer" bestreiten es, daß die Notwendigkeit seiner Existenz aus dem Antisemitismus und „aus der Shoah abzuleiten" (17) ist. Die bürgerlichen Medien müssen aber noch einen kleinen Umweg machen: Israels Existenzrecht wird großzügig aus der Shoah abgeleitet, doch da allgemein gerade das Ende der „parareligiösen Aufarbeitung" (Jäger, FAZ) des Holocaust verkündet wird, wird im selben Atemzug die Grundlage für die selbst so definierte Existenzberechtigung entzogen.

(Quelle: Bahamas 34 - 2001)

****

Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten

Von der Initiative Sozialistisches Forum

Antisemitismus ist die objektive Ideologie der Barbarei, zu der das Kapitalverhältnis gemäß seiner inneren Bestimmung wie seiner krisenhaften Notwendigkeit treibt, ist die Ideologie seiner negativen Selbstaufhebung auf eigener Grundlage. Der Antisemitismus ist daher so allgemein wie die totale Vergesellschaftung global: in Japan druckt und liest man Hitlers Mein Kampf und Die Protokolle der Weisen von Zion in Millionenauflage, indigene Gruppen in Lateinamerikas schreiben ihre Unterdrückung dem 'Juden' Kolumbus zu und die Wall Street steht bis heute als Synonym für 'jüdisches Finanzgebaren'.

Nichts am Antisemitismus ist 'typisch deutsch' - mit der Ausnahme, die allerdings den Unterschied ums Ganze macht, daß er in Deutschland sein Ziel, die Vernichtung der europäischen Juden, erreicht hat. Weil der Volksgemeinschaft der Onkel Adolfs und Tante Emmas die weltweite Vernichtung mißlang, ist Antisemitismus in Deutschland Tötungsbereitschaft im Wartestand, die sich als Antisemitismus trotz Auschwitz, und erst recht wegen Auschwitz, darstellt. Das Wesen der 'nationalen Identität' ist der Tod, der an anderen vollstreckt werden muß, damit das Selbst im Raubmord Substanz gewinnt. Es handelt sich dabei um einen Tötungswillen, der im genauen Zuge der abermaligen Nationwerdung Deutschlands und ihres notorischen Pochens auf Weltmacht und Weltgeltung die Maske des Philosemitismus abstreift und Israel androht, es künftig „am normalen Maßstab des Völkerrechts messen zu wollen" (Klaus Kinkel).

Nirgends rächte sich der Unwille und die Unfähigkeit der Linken, aus dem Mordzusammenhang ihrer Nation auszubrechen, mehr als in der strikten, mit marxoiden Theoremen legitimierten Reduktion des Nazismus auf eine besonders autoritäre, ter-

roristische Diktatur des Kapitals über die Arbeiterklasse. Auschwitz als das Telos des Nazismus, die Volksgemeinschaft als so klassenübergreifende wie, im Massenmord, tatsächlich klassenaufhebende Organisationsform der barbarischen Gesellschaft, der Antisemitismus schließlich als die integrale Ideologie und Quintessenz der Transformation der bürgerlichen Gesellschaft ins barbarische Kollektiv: das alles war der 'Neuen Linken' von 1968 kein Thema; und die Kritische Theorie, avancierteste Form des Materialismus nach Hitler, blieb die marginale Ausnahme, die die Regel bestätigen mußte.

Der Haß auf Israel, rationalisiert zum Ideologem des Antizionismus, hatte eine dreifache Funktion für das noch nicht zum 'Wir sind das Volk' geeinte Deutschland. Erstens war er die objektive Agentur des Antisemitismus im Lager der Linken, einer Linken, die eben dadurch, insgeheim vielleicht gar mit Absicht, ihre Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv demonstrierte. Antizionismus war die Form, in der sich die Linke, aller Opposition zum Trotz, mit dem Gründungsverbrechen der Nation einverstanden erklärte und ihren Anteil reklamierte. Zweitens war der Antizionismus die Repräsentanz des durch die Sowjetunion in welcher Form auch immer dargestellten Hegemonialanspruchs des Marxismus-Leninismus über die Linke. Marginal, wie diese Linke gesellschaftlich war, suchte und fand sie Rückendeckung in der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung, deren Leichnam in den staatskapitalistischen Gesellschaften des Ostens zur Monstranz wurde. Im Antizionismus gestand die Linke ihre fundamentale Unfähigkeit zur Kritik der traditionellen Arbeiterbewegung wie zur Kritik der Vergesellschaftungsweise sowjetischen Typs ein. Und drittens erlaubte der Antizionismus, unterm Vorwand internationalistischen Engagements, die Wiederaneignung der Idiotie von Volk, Vaterland und Muttersprache. Volk, der Inbegriff der Konterrevolution, Volk, die antiemanzipatorische Kategorie schlechthin und also der Gegenbegriff zu Gesellschaft, gar zur befreiten, stieg auf zur zentralen Kategorie des Internationalismus, das heißt der weltweit zusammenaddierten Befreiungsnationalismen. „Dem Volke dienen" war der Freibrief, die deutsche Geschichte zum Selbstbedienungsladen zu machen, um sich dem Volk der Denker und Henker anzudienen.

Seit 1989 hat sich der Antizionismus im wesentlichen erledigt, vor allem durch den Bankrott der UdSSR als seiner Hauptdistributionsagentur und die langsame Staatwerdung der PLO, deren menschliche Unkosten in den Jahresberichten von Amnesty International nachgelesen werden können. Der tiefere Grund für das gegenwärtige Desinteresse der Linken am Antizionismus (außer zu Zwecken linksvölkischer Traditionspflege) ist aber die deutsche Einheit. Im Zuge der Nationwerdung, das heißt im Prozeß der 'inneren Einheit', zeigt sich, daß Einheit und 'nationale Identität' nicht zu haben sind ohne Feindbestimmung. Ohne Antisemitismus keine deutsche Nation, ohne Antizionismus daher keine deutsche Außenpolitik. Der linke Antizionismus hat abgewirtschaftet, weil er die zutiefst taktische Haltung, die der westdeutsche Staat im Zeichen des Philosemitismus zu Israel einnahm, interessiert als strategische Wesensbestimmmung eben dieses Staates mißdeutete und nicht als Ausdruck der Opposition gegen die proarabische Außenpolitik der DDR begriff, nicht als Moment der internationalen Reputation einer BRD, die sich mit den Vereinigten Staaten nicht

anlegen durfte. Israel - das war der westdeutschen Politik bis 1989 die willkommene Externalisierung der 'jüdischen Frage'.

Die antizionistische Linke hat sich erledigt, ihr Auftrag -mit Hilfe des Antizionismus die deutsch-völkische Kontinuität zu wahren und die Nation zu entschulden - ist erfüllt. Ihre partielle Ideologie ist zum zentralen Bestandteil der so genannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung geworden. Da die ehemals antizionistische Linke nun ihr nationales Projekt Deutschland hat, kann sie ihre Identifikation mit den unterdrückten Völkern aufgeben und sich anschicken, die 'Diktatoren' und 'unbelehrbaren Nationalisten' dieser Welt unmittelbar, mit der geballten Macht des 'Modells Deutschland' im Rücken, zur Räson zu bringen.

Das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus, das die nachfolgenden Thesen polemisch, also sachlich zu entfalten suchen, ist ein Produktionsverhältnis, das heißt ein Verhältnis der materiellen Reproduktion der demokratisierten Volksgemeinschaft durch den formellen Widerspruch der Opponenten hindurch. Ideologie beweist sich darin als das Mißverhältnis von subjektiver Meinung und objektivem Inhalt, als ein Verhältnis der Entfremdung, das macht, daß einer sagt, was er weiß, aber nicht weiß, was er sagt - und dies letztendlich auch nicht wissen will. Die materialistische Aufklärung, das zeigt der Kontext, in dem die Thesen entstanden, hat in Deutschland nichts Objektives, auf das sie sich als auf die Evidenz der Vernunft zu berufen vermöchte, nichts, das sie der zwanghaften Neigung der Deutschen, insbesondere der linken Deutschen, zum Differenzieren und Vernünfteln entgegensetzen könnte: Nicht Argumente zählen, gefragt ist die Gesinnung, nicht Kritik ist Trumpf, sondern der repressive Konsens.

Die Antizionismus-Thesen wurden im Frühjahr 1991 verfaßt, im Gefolge des Golfkrieges und im Zusammenhang mit der Besetzung des Studios von Radio Dreyeckland in Freiburg. Der Anlaß war simpel: Ein Redakteur, ehemals 2. Juni, dann RAF, hatte im Namen der Internationalismusredaktion des Radios den überzeugten Antisemiten und 'Israelexperten' Helmut Spehl, dessen Schriften im übrigen auch in Dritt-Welt-Läden verkauft werden, zu einer Diskussion eingeladen, in der es mehr oder weniger um die Frage ging, wie Israel am allerbesten ausradiert werden könnte. Studenten hörten die Sendung mit und fertigten ein Protokoll dieser rotbraunen Allianz. Nach verschiedenen Diskussionsversuchen mit den alternativen Radiomachern, die wenig mehr offenbarten als ein interessiertes Unverständnis und haltlos fetischistischen Pluralismus, insbesondere der Geschäftsführung, kam es zur Besetzung des Studios.

Der weitere Ablauf ist schnell erzählt: Sitzungen jagten sich, Mitgliederversammlungen ergingen sich in Spekulationen über die Motive der Kritiker und Besetzer, kaum jemand sprach von Antisemitismus, alle von den guten Motiven der Antizionisten. Kurz und schlecht: ein Abgrund an Aufklärungsverrat tat sich auf, und es zeigte sich, daß, wer selbst keineswegs den Antiimperialisten anhing, immer noch die Form zu bemäkeln wußte, in der die Kritik vorgetragen wurde: als Ideologiekritik nämlich, die nicht über die Frage mit sich verhandeln läßt, ob Juden auch Menschen sind. Die Aktion jedenfalls, die darauf hoffte, linke Antisemiten aus einem irgendwie linken Medium auszuschließen, führte nach und nach zu der unausweichlichen Erkenntnis, daß es keine Linke mehr gibt, daß die, die immer noch Linke zu sein für sich rekla-

mieren, nur den solidarischen Resonanzboden abgeben für ein Klima, in dem sich jeder Aberwitz, insbesondere linker Nationalismus, Volkstümlerei und Antisemitismus, entfalten können.

Ein beredtes Beispiel, wie sich auch in jüngster Zeit Antisemitismus in linke Argumentationsformen ergießt und damit noch das Stammtischniveau unterbietet, gibt ein Kommentar der Freunde der guten Zeit vom 6.10.99 im Hamburger Alternativsender Freies Senderkombinat anläßlich des Todes von Ignaz Bubis, in dem es hieß:

Und zum Schluß aus aktuellem Anlaß zum Tod von Ignaz Bubis. Wieder wird aus Ermangelung von Klassenbewußtsein um der Lehre des heutigen linken Daseins aus einem liberalen Kapitalisten, Ausbeuter, Spekulanten ein Antirassist. Warum? Weil er ein Jude war? Als ob das ein Persilschein sei! (Reader 1999)

Aus heutiger Sicht erscheint die Besetzung von Radio Dreyeckland als ein Moment in der Entstehung einer antinationalen - und das kann nur heißen: einer entschieden antideutschen - radikalen Linken, die das Erbe von 1968 annimmt, indem sie darüber hinausgeht. Diese antideutsche Linke wird sich nicht nur das anarchistische Erbe radikaler Staatskritik materialistisch aneignen müssen, sie wird auch über einen Marxismus, der den Staat aneignen und als Hebel benutzen wollte, hinausgehen müssen zur Abschaffung, sprich: Zerstörung des Staates - wenn sie erkannt hat, daß die Form Nation ein Produkt des Staates ist, der Nationalismus also mehr darstellt als Ideologie oder Manipulation, nämlich das objektive Selbstbewußtsein des Souveräns: Denn jeder, der einen deutschen Paß hat, ist nolens volens Nationalist, partizipiert an den grenzsetzenden und ausgrenzenden Leistungen der Staatsgewalt, hat Teil an der 'nationalen Identität', die den Antisemitismus ausbrütet wie die Raupe den Faden spinnt.

Das Autorenkollektiv (ISF), das die in diesem Band zusammengestellten Texte zur Begleitung des Konflikts um Radio Dreyeckland verfaßte, hatte sich bereits drei Jahre zuvor anläßlich eines ähnlichen Vorfalls in der Freiburger 'Linken' erstmals intensiver mit dem Thema 'linker Antisemitismus' beschäftigt. Aber trotz intensiver Auseinandersetzung mit Faschismus und Nazismus schon in den Jahren zuvor war ihr doch - darin 'typisch links' - die konstitutive Bedeutung des Antisemitismus für den Nazismus 'entgangen', hatte sie insbesondere 'übersehen', daß Auschwitz nicht nur das die BRD konstituierende Gründungsverbrechen war, sondern das Telos, der Sinn und der Zweck des deutschen Faschismus. Seither war die ISF bemüht, sowohl durch Publikationen (ça ira-Verlag) sowie durch Polemiken und Interventionen, zuletzt in der Debatte um die Bedeutung von Daniel J. Goldhagens Buch Hitlers willige Vollstrecker oder zur Funktionalisierung von Auschwitz im Zusammenhang mit dem 'Kosovo-Krieg', diesen 'Mangel' zu beheben, der allerdings alles andere ist als ein Mangel, sondern vielmehr den selbstbewußten Anteil der Linken am Vernichtungszusammenhang der deutschen Nation dokumentiert.

In dem Maße wie gegenwärtig offener Antisemitismus in Deutschland wieder möglich und zur Aufwertung des beschädigten 'Selbstwertgefühls' nötig ist, schwindet das Interesse am Antizionismus. Was Anfang der 90er Jahre noch einen Skandal hervorgerufen hätte, wird heute im Zuge der neu- und altdeutschen Selbstfindungsversuche breit in den Medien diskutiert. Als die verfolgte Unschuld Martin Walser im Oktober 98

endlich aussprach, was alle bisher nur denken duften, nämlich „daß sich in (ihm) etwas gegen die Dauerrerpräsentation unserer Schande wehrt" und er „fast froh" sei, zu entdecken, „daß öfter nicht mehr das Gedenken, das Nichtvergessendürfen das Motiv ist, sondern die Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwekken", wurde Ignatz Bubis nach seiner einsamen Kritik postwendend von dem auch „gekränkten" Klaus von Dohnayi zurechtgewiesen, daß es sich hier um „die verständliche, ja notwendige Klage eines gewissenhaften nichtjüdischen Deutschen über das schwierige Schicksal, heute ein Deutscher zu sein", handele: „als Vorsitzender des Zentralrates der Deutschen Juden könnten Sie mit ihren nicht-jüdischen Landsleuten etwas behutsamer umgehen; wir sind nämlich alle verletzbar." Bei soviel brüderlicher Nächstenliebe mochte auch Hans Magnus Enzensberger nicht zurückstehen und ergriff Partei für den bis zum Überdruß „gutmütigen" deutschen Mob gegen die „Phalanx von Mahnern, deren vorwurfsvolles Unisono uns in den Ohren schallt: ... treibt es bitte nicht zu weit. Denn was dann passieren könnte, wollen wir uns lieber nicht ausmahlen. Allem Augenschein zum Trotz ist die Gutmütigkeit eine knappe Ressource, die nicht Ausbeutung verdient, sondern Schonung" (ausführlich dazu: Zuckermann 1999).

Keine offene Drohung, kein antisemitisches Gerücht scheint heute mehr unmöglich. Als Manfed Kanther die 'schmutzigen Gelder' aus der CDU-Spendenwaschanlage als 'jüdische Vermächtnisse' titulierte, muß er sich perfekt vorgekommen sein. Es irritiert auch niemanden mehr, wenn sich die deutschen Medien um den Neonazi Haider, von den EU Regierungen mühsam boykottiert, als Talkshowrenner geradezu reißen, wobei Ralph Giordano kapituliert und einräumt, er habe „selten einen sympathischeren Menschen" kennengelernt. Im Rückblick auf die Zeit der Entstehung der hier vorgelegten Texte zeigt sich, daß die Deutschen bei der Neukonstitution ihrer 'inneren Einheit' keine Überraschungen parat hatten; statt dessen haben sie alle Befürchtungen übertroffen. Was eigentlich nur als Neuauflage eines historischen Dokuments gedacht war, bezieht daher auf ganz unangenehme Art und Weise Aktualität.

aus: Initiative Sozialistisches Forum, Furchtbare Antisemite, ehrbare Antizionisten, Freiburg (ça ira-Verlag) 2000, 140 Seiten, DM 24, ISBN: 3-924627-57-6

****

„Frieden verlangt gegenseitigen Respekt und Anerkennung“

Nach dem Wahlsieg Ariel Sharons.
Ein Gespräch mit dem israelischen Journalisten und Kommunisten Hans Lebrecht

Hans Lebrecht wurde 1915 in Ulm geboren. Ab 1936 engagierte er sich aktiv im antifaschistischen Widerstand. Um sich einer drohenden Verhaftung zu entziehen, reiste Hans Lebrecht auf Beschluss der KPD nach Palästina aus. Dort trat er 1944 der Palästinensischen KP - seit 1948 in KP Israels umbenannt - bei. Neben seiner journalistischen Tätigkeit für verschiedene Zeitungen war Hans Lebrecht Funktionär der KP Israels, u.a. auch im Zentralkomitee. Mehrere Male musste er den Knast von innen erleben: Das erste Mal im britisch-kolonialistischen Zentralgefängnis von Akko als verdächtiges Mitglied der damals verbotenen PKP. Das zweite Mal 1954 in Israel, als er im Anschluss an eine militante Demonstration gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands festgenommen wurde. 1978 wurde er erneut inhaftiert. Der Vorwurf diesmal: Spionage für die PLO. In einem Aufsehen erregenden Prozess musste er, nicht zuletzt dank der weiten internationalen Solidarität, freigesprochen werden. Hans Lebrecht ist heute Aktivist in Gusch Schalom (wörtlich übersetzt: Friedensblock) und Vorsitzender des Verbandes der Antifaschisten und Opfer des Nazismus in Israel.

Ende Januar 2001 erhielt Hans Lebrecht eine Auszeichnung der Stadt Ulm als Verfolgter des Naziregimes.

Diese Fassung des Interviews entspricht nicht der in der So oder So Nr. 8 abgedruckten Version. Diese Fassung enthält die dort gekürzten Passagen. Sie sind durch Fettschrift gekennzeichnet.

Über den Wahsieg Scharons hast Du geschrieben, dass Scharon zwar über 60 Prozent der abgegeben Stimmen erhielt, aber noch immer zwischen 60 und 70 Prozent der israelischen Bevölkerung für die Fortsetzung des Friedensprozesses seien. Wie ist das erklärbar?

40 Prozent der Wahlberechtigten, darunter eine große Anzahl von Friedensaktivisten sind dem Aufruf, die Wahlen entweder zu boykottieren oder ungültig abzustimmen, gefolgt. In weiten Kreisen, insbesondere unter den Friedenskräften, zu denen der Großteil der arabischen Bürger, die nahezu 20 Prozent der Bevölkerung Israels bilden, sowie demokratisch gesinnte jüdische Bürger zählen, fiel dieser Aufruf auf den Boden einer bitteren Enttäuschung über Ehud Barak, der 1999 gerade von diesem Spektrum zum Premierminister gewählt worden war. Barak selbst tauschte sein Versprechen für einen Frieden gegen seine diktatorischen, für die Palästinenser unakzeptablen Rote-Linien-Bedingungen aus. Im Oktober letzten Jahres wurden dann 13 arabisch-palästinensische Bürger Israels von Polizeischergen ermordet, die rechtsextremistische Pogromisten unterstützen. Dafür wurden berechtigterweise Barak und sein Polizeiminister Ben-Ami verantwortlich gemacht. Der für dieses Massaker direkt

Verantwortliche, Alik Ron, dessen Rassismus gegen Arabern bekannt und dessen Ausschluss aus der Polizei schon früher gefordert worden war, wurde erneut nicht zur Verantwortung gezogen. Dabei stellte es sich eindeutig heraus, dass er den willkürlichen Schießbefehl bei diesen Ereignissen erteilt hatte. Man sah also keinen Unterschied zwischen den Kandidaten, die beide den Palästinensern keine ernsthaften Friedensangebote, sondern ihnen ihre verbrieften Rechte streitig machen und zionistische, territoriale Ansprüche auf palästinensische Gebiete erheben. Beide wollten die rassistische Benachteiligung der arabisch-palästinensischen Bürger Israels und viele Wähler, welche wirklich Frieden und Demokratie wollen, haben sich auch durch die demagogischen Versprechen des alten Kriegspferdes Scharon irre führen lassen, dass er sich gewandelt habe und nun nach einem Frieden mit Sicherheit für die israelische Bevölkerung sucht. Der Wahlausgang hat daher nichts mit dem mehrheitlichen Wunsch der israelischen Bevölkerung nach einem wirklichen Frieden zu tun.

Was müssen die notwendigen Voraussetzungen für einen wirklichen Friedensprozess zwischen Israel und Palästina aussehen...?

Die gegenseitige Respektierung der legitimen nationalen Rechte beider Völker auf Selbstbestimmung und unabhängige Staatlichkeit, entsprechend der Charta der Vereinten Nationen und der Menschenrechtskonventionen, sowie die Realisierung der entsprechenden Beschlüsse der UNO und ihres Sicherheitsrates. Dazu gehört die Anerkennung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat oder auf materielle Kompensation. Man sollte nicht vergessen, dass die Ursache für das Flüchtlingsproblem in der traditionellen israelischen, von der zionistischen Bodeneroberungsidee gelenkten Politik liegt.

Welche politischen Kräfte in Israel befürworten den vollständigen Rückzug aus den besetzten Gebieten entsprechend der UN-Resolutionen 242 und 338? Nach unserem Eindruck sind diejenigen, die eine klare Zwei-Staaten-Lösung mit Ostjerusalem als palästinensischer Hauptstadt befürworten, sehr heterogene, in sich zersplitterte und gesellschaftlich eher schwache Kräfte....

...Die sensationellen Medienberichte über die angebliche „palästinensische Gewalt" der Unruhen in den vergangenen Monate ignorieren die zahlreichen und andauernden Aktionen der Friedenskräfte fast vollständig. Daher mag dieser Eindruck rühren. Als in den fünfziger Jahren die KP Israels das Prinzip der Zweistaaten-Lösung befürwortete, welche von der UNO Vollversammlung im November 1947 beschlossen worden war, und als ihre Abgeordneten schon am ersten Tag des sogenannten Sechs-Tage-Krieges 1967, der jetzt eigentlich mehr als 13.000 Tage währt, in der Knesset warnten, dass ein Frieden mit dem palästinensischen Nachbarvolk unmöglich sein werde und es noch unvorhergesehene Blutopfer auf beiden Seiten geben würde, wenn die israelischen Truppen nicht aus den eroberten arabischen Gebieten hinter die seit 1949 bestehenden Waffenstillstandslinien zurückgezogen werden, da waren wir Kommunisten wirklich eine zwar prinzipiell starke Kraft, aber rein zahlenmäßig eine sehr kleine Minderheit unter dem jüdischen Bevölkerungsteil von Israel. Das hat sich aber inzwischen gewaltig geändert.

Der von Dezember 1987 bis Sommer 1993 währende palästinensische Volksaufstand hat vielen in Israel die Augen geöffnet. Der 1992 amtierende Regierungschef

Jitzhak Rabin, der im 1967er Eroberungskrieg die Armee als Generalstabschef anführte, der dann als Verteidigungsminister in der von 1984 bis 1990 amtierenden Likud-Arbeitspartei-Einheitsregierung die brutalsten Unterdrückungsmethoden gegen die aufständischen Palästinenser anordnete, musste am Ende einsehen, dass der Aufstand nicht mit militärischen Gewaltmitteln zu unterdrücken war. Das war der Hauptgrund für die von ihm und Jassir Arafat unterzeichnete Prinzipienerklärung, das sogenannte Oslo-Abkommen. Das Abkommen hatte zwar zur Folge, dass der palästinensische Aufstand vorläufig auf Eis gelegt wurde, aber der mit dem Abkommen verbundene Friedensprozess stellte sich bald als Enttäuschung heraus. Mit der „Einsicht" Rabins entstand in weiten Kreisen der israelischen Bevölkerung die Erkenntnis, dass eine wirkliche und einzig reale Aussicht auf Frieden nur im vollständigen israelischen Rückzug aus den seit 1967 besetzt gehaltenen arabischen Gebieten möglich werden könne, wie es die Sicherheitsratsbeschlüsse 242 und 338 erfordern, sowie in der Anerkennung und Respektierung des Rechtes der Palästinenser auf ihren eigenen unabhängigen Staat, Seite an Seite mit Israel. Seit damals also, haben auch andere Friedenskräfte in Israel die schon seit früher von der KP propagierten Losungen auf ihre Fahnen geschrieben. Allerdings wurden auch wieder Stimmen bei einem nicht sehr großen Teil dieser Kräfte laut - vor allem innerhalb der Führung der Schalom Achschav, der „Frieden-Jetzt-Bewegung"-, die an die traditionellen zionistischen Ansprüche auf „Eroberung des Bodens" anknüpften und einen als Friedenslösung angebotenen Kompromiss mit israelischen Gebietserweiterungen in sogenannten Siedlungsblöcken propagierten. Hinzu kam die Forderung nach der unbegrenzten Souveränität über die 1967 eroberten Teile von Ostjerusalem als Teil einer „wiedervereinigten und unteilbaren Hauptstadt" Israels. Von der palästinensischen Seite, aber auch von der großen Masse der israelischen Friedenskräfte und ihrer verschiedenen Organisationen, wurde dieser „Kompromissvorschlag" abgelehnt.

Du bist sowohl Mitglied in der in den 70er Jahren gegründeten Chadasch-Front, die der kommunistischen Partei nahe steht, als auch Aktivist in der Friedensorganisation Gusch-Schalom. Mit welchen linken, emanzipatorischen Kräften auf der palästinensischen Seite arbeitet ihr zusammen?

Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten. Zuerst ist zu klären, was unter „linken Kräften" zu verstehen ist. Sowohl die KP Israel als auch die von ihr beeinflusste Chadasch Front können als linke Kräfte eingestuft werden, obwohl deren Führungsschichten heute eher von opportunistischen und reformistischen Merkmalen geprägt sind. Ich bin aktives Mitglied der KP seit 1944 und einer der Unterzeichner der Gründungerklärung der demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (Chadasch). Ich bin aber auch Teil des noch im Aufbau befindlichen Forums israelischer Kommunisten, die mit der von der KP-Führung eingeschlagenen, vom marxistisch-leninistischen Weg abweichenden Linie nicht einverstanden sind.

Die palästinensischen Organisationen, zu denen direkte Kontakte bestehen, sind vor allem die aus der palästinensischen KP hervorgegangene Volkspartei (PPP), die demokratischen Gewerkschaften, sowie die Vertreter der linken oder liberalen Flügel innerhalb der PLO und der El-Fatah Organisationen. Weiterhin gibt es noch Verbindungen zu kleineren örtlichen Restgruppen von Kommunisten, welche nicht den Weg

in die PPP mitgemacht hatten. Obwohl von den Medien so bezeichnet, ist der Gusch-Schalom keine sich selbst als links einstufende Organisation. Er ist eine Bündnisbewegung, in der sich bürgerlich liberale Friedenskräfte, Kommunisten, Linksalternative, ja sogar antikommunistische und sich noch als zionistisch betrachtende Elemente zusammengeschlossen haben. Hinzukommen viele parteiunabhängige Aktivisten.

Hinzufügen möchte ich aber noch, dass leider einige der linken oder sogar linksrevolutionären Parteien innerhalb und außerhalb der PLO an nationalistischen und elitären Abweichungen leiden und daher keine, oder nur lose Beziehungen zu israelischen Friedensgruppen haben wollen, welche auch, oder hauptsächlich, jüdische Mitglieder haben. Weiter kann ich auf engere Beziehungen mit der linksradikalen und arabisch-nationalistisch auftretenden BALAD-Gruppe um den Knessetabgeordneten Bishara und der sogenannten „Dorf-Jugend" hinweisen, auch wenn sie in Israel als radikalisierte Außenseiter gelten und auch nur wenig Einfluss innerhalb der arabischen Bevölkerung haben. Es bestehen sogar auch Verbindungen der KP und des Gusch-Schalom zu bestimmten politisch für Frieden wirkenden Teilen innerhalb der keineswegs linken fundamentalistischen Hamas-Bewegung.

Als Beispiel für eine gemeinsame israelisch-palästinensische Aktion möchte ich noch auf folgende Tatsache hinweisen: Ende November 2000 trafen mehr als einhundert Friedensaktivisten des Gusch-Schalom, angeführt von dem bekannten Publizisten Uri Avneri, darunter auch die Meretz Knessetabgeordnete Sahava Gal-On und einige Kader der Chadasch-Front aus Westjerusalem, zu einem Solidaritätstreffen mit dem PNA Minister für die Angelegenheit Jerusalem, Faisal el-Husseini, und einigen anderen offiziellen Vertretern der PNA und der Palästinensischen Gesetzgebenden Versammlung im Orient Haus in Ostjerusalem zusammen. Nach Ausführungen von Avneri und Husseini und einer ausgiebigen Diskussion wurde folgendes Dokument verfasst und unterzeichnet:

„Israelische Friedensaktivisten des Gusch-Schalom und offizielle palästinensische Persönlichkeiten, die heute, am 25. November 2000 sich im Orient Haus in Ostjerusalem zu einer Beratung trafen, wenden sich an die israelische Regierung mit der Forderung

1. Rückzug Israels aus allen im Juni 1967 eroberten Gebieten, einschließlich Ostjerusalem;

2. Alle jüdischen Siedler aus den auf besetzten palästinensischen Gebieten eingenisteten Siedlungen zu evakuieren; wir wenden uns an alle diese Siedler, nach Israel zurückzukehren;

3. Das palästinensische Flüchtlingsproblem durch Verhandlungen und ein Abkommen auf der Grundlage des Beschlusses 194 der Vereinten Nationen, sowie auf der Basis der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und des Realismus zu lösen;

4. Ein haltbarer Frieden kann nur unter der Bedingung der Errichtung des unabhängigen Palästinenserstaates mit Ostjerusalem als Hauptstadt erreicht werden;"

Wie wird das Rückkehrrecht der Flüchtlinge in der israelischen Öffentlichkeit diskutiert? In den deutschen Medien ist dazu nur die strikt ablehnende Haltung der politischen Klasse, egal ob es sich dabei um Barak oder Scharon handelt, bekannt.

Den israelischen Friedenskräfte steht hier noch eine gewaltige Aufklärungsarbeit bevor. Dies gilt nicht nur für den jüdischen Bevölkerungsanteil in Israel, sondern sogar innerhalb ihrer eigenen Reihen. Eigentlich sollte man meinen, dass ein Recht auf Rückkehr von Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, für jüdischen Bürger Israels eine Selbstverständlichkeit wäre. Ist doch der Staat Israel vom politischen Zionismus gezeugt und unter dem Motto ins Leben gerufen worden, dass die Juden eben genau dieses Recht auf Rückkehr in ein Land haben, in welchem ihre angeblichen oder wirklichen Vorfahren vor 2.000 Jahren in einem jüdischen Staat gelebt hätten.

Aber gerade die strikte Weigerung aller bisherigen israelischen Regierungen, das Problem der im Verlaufe des vergangenen halben Jahrhunderts auf etwa 3,5 Millionen angewachsenen Anzahl der palästinensischen Flüchtlinge durch Anerkennung und Respektierung dieses Rechtes zu lösen, war immer schon eines der Hindernisse auf dem Weg zu einem israelisch-palästinensischen Frieden. Diese Weigerung war auch eine der „roten Linien" von Ehud Barak, welche den sowieso zweifelhaften Friedensprozess von Oslo in die Sackgasse führten. Leider unterstützt eine überwiegende Mehrheit der jüdischen Bürger Israels diese grundsätzliche Nichtanerkennung des im internationalen Völkerrecht verbrieften Rechts auf Rückkehr der Flüchtlinge. Dies gilt auch für sehr viele Menschen, die alle anderen Bedingungen eines gerechten Friedens, etwa die Räumung der besetzten Gebiete mitsamt der sich dort eingenisteten Siedler sowie die Zwei-Staaten-Lösung als Grundlage für einen Frieden betrachten. Die von den zionistischen Sprachrohren bewusst in Umlauf gebrachte Warnung vor einer Überflutung Israels durch Palästinenser, die den Staat als einen jüdischen Staat, die Sicherheit, die Wohnungen und das Brot seiner jüdischen Bürger gefährden und schlussendlich das Ende Israels bedeuten würde, ist unsinnige Panikmacherei.

Es kann angenommen werden, dass nur ein Teil der heute auf der ganzen Welt verstreuten Flüchtlinge, insbesondere der jüngeren Generation, das Recht auf Rückkehr in Anspruch nehmen werden. Praktisch handelt es sich ja hauptsächlich darum, eine Lösung für die etwa 5 - 600.000 in Flüchtlingslagern im Libanon, in Syrien und Jordanien, sowie einen Teil der im Westjordanland und dem Gazastreifen lebenden Flüchtlinge zu finden. Selbst wenn ein großer Teil sich in Israel niederlassen würde, so würde das lediglich zu einem Anwachsen der sowieso etwa eine Million Menschen zählenden arabischen Minderheit führen. Aber alle Spekulationen wie viele Palästinenser von ihrem Recht auf Rückkehr Gebrauch machen könnten, sollten beiseite gelegt und bedingungslos das prinzipielle Recht auf Rückkehr in den Vordergrund gestellt werden.

Zuletzt hast Du darüber geschrieben, wie der Zugang zu Protokollen in den Staats- und Armeearchiven aus den Jahren 1948/49 weiterhin verschlossen bleibt, die Aufschluss über die Vertreibung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung und von israelischen Streitkräften verübte Massaker während und nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg geben könnten. Ist das ein Diskussionspunkt in der israelischen Öffentlichkeit und gibt es eine Auseinandersetzung über die Frage, warum die Palästinenser ihr Land verlassen haben?

Es wäre falsch, nur die vor und während des israelischen Unabhängigkeitskrieges

von 1948/49 - unabhängig von dem britischen Kolonialregime - von jüdischen Milizen und dann von der daraus entstandenen israelischen Armee verübten Massaker im Rahmen des sogenannten Plan Dalet (Plan 4) anzuführen. Die bis dahin Palästina beherrschende britische Kolonialmacht spielte dabei keine geringe Rolle. Das gilt ebenso für die von ihr eingesetzte reaktionäre Führung des sogenannten Arabischen Hochkonzils unter der Leitung des Großmuftis von Jerusalem, Hadsch Amin el-Husseini, der ein Nazikollaborateur war, sowie die damals ebenfalls von den Briten geschaffene und angeführte Liga der arabischen Staaten.

Aber als jemand, der diese Periode politisch bewusst miterlebte und der schon damals mit Abscheu und Empörung die Spuren der Massaker und die gewaltsame Vertreibung mit eigenen Augen sah und dagegen protestiert hat, kann ich nicht anders als zu versichern, dass die Hauptschuld an der Ursache des Flüchtlingsproblems auf den Schultern der zionistischen Führung des im Werden begriffenen Staates und dann des Staates Israel selbst liegt. Die britische Kolonialmacht und die reaktionäre Führung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung haben allerdings der zionistischen Landeroberungspolitik und der damit verbundenen ethnischen Säuberung des Landes von einem Großteil seiner arabischen Bewohner in die Hände gespielt. Ihr damaliger Aufruf zum Verlassen des von Israel eroberten Gebietes und ihr Versprechen, die nach der erwarteten Niederlage der israelischen Armee in eine glücklichere Heimat zurückkehrende Bevölkerung reichlich zu kompensieren, spielte neben den gewaltsamen Vertreibungen und panikerzeugenden Massakern in dutzenden von arabischen Städten und Dörfern im Zuge der ethnischen Säuberungen eine gewisse, wenn auch untergeordnete, Rolle.

Das britische Kolonialregime und jene reaktionäre Führung der Palästinenser fielen bei den meisten Menschen in unserem Lande dem Vergessen anheim. Ein Vergessen, das von den Mächtigen im Staate gefördert wird: Abgelehnt wird nicht nur die Verantwortung für das Flüchtlingsproblem, es werden also nicht nur geflissentlich in den Lehrbüchern und im Geschichtsunterricht die für die zionistischen Machthaber unangenehmen historischen Tatsachen „vergessen", sondern sie werden verfälscht und verheimlicht. So wurde erst kürzlich der Zugang zu Teilen der im Staatsarchiv befindlichen Dokumente über diesbezügliche Diskussionen im Kabinett, sowie Beschlüsse und Aussagen des damaligen Regierungschefs und Verteidigungsministers Ben-Gurion aus den Kriegsjahren 1948/49, die die Vertreibung und Massaker an arabischen Einwohnern betreffen, für vorerst weitere fünf Jahre versiegelt. Hier geht es um die vollkommene Zerstörung von mehr als 400 von Arabern bewohnten Dörfern und einigen Stadtvierteln „um die vertriebenen Araber daran zu hindern, in ihre Wohnungen und Behausungen zurückzukehren", wie es im damaligen Jargon hieß. Dabei gilt auch in Israel die Regel, dass staatliche Geheimdokumente nach Ablauf von 30 Jahren, im Falle von sogenannten Sicherheitsanliegen nach 50 Jahren, für die Öffentlichkeit und insbesondere zum Zwecke der Geschichtsforschung zugänglich gemacht werden. Man erklärte dies damit, dass die Öffnung der zensierten Teile bei Verhandlungen mit den Palästinensern im Wege stehen könnte. Dieses Argument überzeugte den anfänglich für die Öffnung eingetretenen Justizminister in der alten Barak-Regierung, Jossi Beilin. Nachdem auch er die fraglichen Stellen gelesen hatte, plädierte er

dafür, dass diese weiter unter Verschluss und für die Öffentlichkeit unzugänglich bleiben sollen. Das heißt im Klartext, dass die maßgebenden Regierungskreise ganz genau wissen, wie sich die Dinge zugetragen haben, wie die Flüchtlingsfrage, zumindest teilweise durch Massaker und gewaltsame ethnische Säuberungen, entstanden ist. Es soll nicht zugelassen werden, dass all dieses auch durch offizielle israelische Dokumente bewiesen werden kann.

Frage: Du warst selbst ab 1944 aktives Mitglied in der Palästinensischen Kommunistischen Partei, die sich dann 1948 als Kommunistische Partei Israels formierte. Für diese Partei war die jüdisch-arabische Zusammenarbeit konstituierend. Wie hast du diese Zeit damals erlebt? Für und gegen was habt ihr damals gekämpft?

Antwort: Wenn ich meine persönlichen Erfahrungen aus jener Zeit schildern soll, so muss ich damit anfangen, dass ich als Illegaler in dem von Großbritannien beherrschten Palästina verhaftet wurde. Dank der in den Akten der britischen Geheimpolizei vermerkten Tatsache, dass ich vor dem Krieg, bis zu meiner Auswanderung nach Palästina, in Deutschland in einer von der KPD gelenkten antifaschistischen Untergrundgruppe aktiv tätig war und ich auch in Palästina von der britischen KP herausgegebenes Material bezog, wurde ich der Mitgliedschaft in der verbotenen PKP verdächtigt und in das damalige Zentralgefängnis in Akko eingekerkert. Dort erfüllte sich mein bis dahin fehlgeschlagener Versuch Kontakt mit der im Untergrund wirkenden KP in Palästina zu erhalten. Der Bibliothekar der für die Gefangenen offenen Bibliothek, ein sprachenkundiger arabischer Gefangener, der wegen seiner Beteiligung an der Ermordung des britischen Gouverneurs für den Nordbezirk zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, gab mir die ersten politischen Lehren, unterstützt durch die Verleihung von Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den geheimen Fächern der Bibliothek, sowie mündliche Aufklärung über die Lage in Palästina und den notwendigen Kampf gegen den britischen Imperialismus mit auf den weiteren Weg. Ein immer wieder wiederholter, eindringlicher Lehrsatz war, dass die Araber und die Juden in Palästina gemeinsam für die, nach dem Weltkrieg - man schrieb bereits das zweite Kriegsjahr - unbedingt erforderliche Vertreibung der britischen Kolonialmacht kämpfen müssen, um danach einen demokratischen und fortschrittlichen Palästinastaat, in welchem alle Bürger, Araber und Juden, gleiche Rechte haben sollen, zu errichten. Im übrigen, nebenbei erwähnt, einige jüdische Zellengenossen, darunter vor allem der spätere israelische Generalstabschef und Außenminister, Mosche Dajan, warnten mich, ich solle meine neue Freundschaft mit dem Araber, dem Bibliothekar, unverzüglich abbrechen, da dieser ein „Terroristenanführer" sei, der „jüdisches Blut an den Händen" kleben habe. Da mir aber die für mich lehrreiche Freundschaft mehr am Herzen lag, als die blöden rassistischen Bemerkungen meiner Zellennachbarn, schlug ich deren Warnungen in den Wind.

Durch einen anderen jungen Zellennachbar, einem Mitglied der KP aus Tel-Aviv, erhielt ich eine Adresse, bei welcher ich mich nach meiner Entlassung melden könne. Die Adresse war wohl veraltet, denn diese wurden oftmals aus Gründen der konspirativen Geheimhaltung während der Untergrundarbeit gewechselt. Die Partei wirkte ja von 1921 bis 1941, bis die Hitlerinvasion gegen die Sowjetunion diese zu einer Alliierten von Großbritannien machte, illegal im Untergrund. Nach Beginn der offenen Par-

teiarbeit fand ich auch Kontakt zur Partei. Was mich, nach den im Knast erhaltenen Lehren, wirklich schokierte war, dass mit dem Heraustreten aus dem Untergrund, eine Spaltung zwischen den arabischen und den jüdischen Genossen, auf Grund gewisser nationalistischer Abweichungen der Parteiführung, spürbar wurde. Diese Spaltung wurde dann auch offiziell gemacht und die Genossen, welche ich in Tel-Aviv zuerst traf, rieten mir zu diesem Zeitpunkt noch nicht die aktive Mitgliedschaft zu beantragen, sondern zu warten, wie sich die innerparteilichen Dinge entwickeln werden. Ich nahm den Rat an, blieb aber in ständigem Kontakt, sowohl mit jüdischen als auch mit einigen arabischen Genossen.

Die arabischen Genossen konsolidierten sich im September 1943 in der „Ozbet Atakharor al-Watani fi Falastin" (Nationale Befreiungsliga in Palästina - NLL). Die jüdischen Genossen hielten an der Palästinensischen KP fest. Aber schon bald nach dieser Trennung gab es ständig Verbindungen und Zusammenkünfte, die im Allgemeinen dazu dienten, in vielen aktuellen Themen und politischen Fragen gemeinsame Positionen auszuarbeiten. Dies galt besonders bei Fragen des Klassenkampfes und Gewerkschaftsfragen. So war ich zugegen als 1944 ein gemeinsamer PKP-NLL Aufruf an die zehntausend streikenden Staatsbeamten und -angestellten verfasst wurde. Ich selbst war schon vorher als Betriebsratsvorsitzender eines Textilbetriebes bei Tel-Aviv maßgebendes Mitglied eines Streikkomitees, das 1942 einen einwöchigen Streik in allen 12 Textilbetrieben in der Tel-Aviv-Petach Tiqwa Dan Region leitete. Unsere Forderungen waren, einen kollektiven Arbeitsvertrag für die gesamte Textilbranche zu erreichen, der solche simplen, damals noch kaum im Land bekannten Lohnforderungen, wie automatischer Lohnausgleich für die damals einsetzende Teuerungswelle, Jahresurlaub von mindestens zwei bis vier Wochen, je nach Arbeitsjahren, usw. zu erreichen. Nach einer Woche Generalstreik wurde das alles bewilligt. Nebenbei bemerkt, die immer die zionistischen Ideale vor die Arbeiterinteressen stellende allgemeine Histadrut-Gewerkschatsunion war gegen den Streik unter der Ausrede, man müsse den in Palästina neuen Industrien fördernd unter die Arme greifen, da diese wichtig für den Aufbau eines zukünftigen jüdischen Staates seien. Unsere Forderungen - so die zionistischen Gewerkschaftsbosse - würden eine zukünftige Industrialisierung nachteilig beeinflussen. Als wir dann einen, unsere Forderungen nahezu vollständig erfüllenden, kollektiven Arbeitsvertag abgeschlossen hatten, fragte uns der Inhaber eines großen Betriebes, ob wir wüssten, gegen wen wir eigentlich gestreikt hätten. Denn die Industriellen hatten gleich eingesehen, dass sie unsere gerechtfertigten Forderungen erfüllen sollten, aber die Gewerkschaftsbosse hatten von ihnen gefordert, diese nicht zu bewilligen, weil deren Erfüllung eine Welle ähnlicher Forderungen in allen Zweigen der Wirtschaft zur Folge haben würde. Ich sollte hinzufügen, dass eben ein großer Teil der zum Teil monopolistischen Industrie- und Handelsunternehmen damals noch im Besitz der Gewerkschaftsunion waren. Nachdem sich die PKP wieder konsolidiert hatte, stellte ich 1944 den Antrag auf Mitgliedschaft in der Partei. Nach einer halbjährigen Kandidatur wurde ich dann auch aktives Mitglied der Ortsgruppe Ramat-Gan.

Mit Ausbruch des Krieges in Europa und dem Eintritt Großbritanniens in die Front gegen Hitler, wurde auch der Kampf um Befreiung Palästinas vom Kolonialregime, der

seit 1937 geführte arabische Aufstand gegen die Briten und deren zionistischen Kollaborateure, eingestellt. Gleichzeitig gab es während des Weltkrieges eine Periode des friedlichen Zusammenlebens der arabisch-palästinensischen Bevölkerung und der jüdischen Einwohnern des Landes. 1944/45 aber begannen radikale zionistische Gruppen der Beitar-Jugend, arabische Fellachen, welche ihre, auf Esel oder Eselswagen gepackten landwirtschaftliche Produkte, Eier, Melonen, und anderes Obst und Gemüse, in israelischen Stadtteilen feilboten, zu vertreiben und ihre Waren zu zerstören. Wir machten es zu unserer internationalistischen Aufgabe die arabischen Fellachen zu schützen, den rassistischen Umtrieben jüdischer Bürger jüdischen Widerstand entgegenzustellen. Plakate der, von dem späteren rechtskonservativen Regierungschef Menachem Begin angeführte, Beitar und Etzel (Irgun Tzwa'i Le'umi - Nationale Militär Organisation) begannen eine anti-arabische Hetzkampagne und Propaganda für die Errichtung eines von Großbritannien befreiten jüdischen Staates „in welchem es keinen Platz für Goyim (Nichtjuden) geben soll". Wir gingen nachts auf die Straßen und rissen die von diesen Gruppen angeklebten Plakate ab oder überklebten sie mit unseren Aufrufen zur jüdisch-arabischen Kampfeinheit für die Errichtung eines, von den kolonialistischen Herrschern befreiten demokratischen Palästinastaates. Das schlimme war, dass die Polizei, darunter vor allem jüdische Polizisten, nicht etwa den Rassistenschmierern, sondern uns auflauerten und uns arrestierten.

Die Sache hatte für mich ein ziemlich gefährliches Nachspiel. Am 27. und 28. April 1948, also zwei Wochen vor der einseitigen Ausrufung des israelischen Staates, eroberten Einheiten der bewaffneten Haganah (Verteidigung)-Miliz des „organisierten Yishuvs", wie dies damals hieß, ehe sie nach der Staatsgründung am 14. Mai den Grundstock für die Armee bildete, die von Arabern bewohnten Viertel der Hafenstadt Haifa. Am 9. Mai veröffentlichte die NLL einen Aufruf an die jüdischen demokratischen Kräfte. Darin hieß es unter anderem: „Vor zwei Wochen spielten die Briten die Stadt Haifa in die Hände der 'Haganah'. Die willkürliche Ermordung zahlreicher arabischer Bürger zur Zeit der Besitznahme Haifas durch die 'Haganah', die brutalen Aktionen gegenüber (arabischen) Zivilgefangenen und die großangelegten Plünderungen von Wohnungen und Geschäften - all dies wird nun mit der Ausrede abgetan, es sei nur eine Folge der Kampfhandlungen gewesen. Inzwischen sind aber schon nahezu zwei Wochen vergangen und der Raub geht weiter.... Von den 90.000 arabischen Einwohnern von Haifa blieben weniger als 10.000 zurück, der Panikmacherei der (arabischen) Reaktion und der Briten zum Trotz.... Durch die gegenwärtigen Ereignisse wird die Sache der Demokratie und der Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern in Palästina großer Schaden zugefügt. Lasst uns gemeinsam Bedingungen schaffen, die es den arabischen Bürgern ermöglichen, zurückzukehren und weiter in ihrer Stadt, wie vor diesen Ereignissen in guter Nachbarschaft mit den jüdischen Einwohnern zu leben". Ich kann dazu vermerken, daß in Haifa zu jener Zeit ein jüdisch-arabisches Freundschaftskomitee existierte, in welchem die NLL und die PKP Kommunisten mit bürgerlich-liberalen Persönlichkeiten und sowohl christlichen als auch muslemischen Geistlichen versuchten, Kampfhandlungen in der Stadt zu vermeiden.

Ich führe dies deshalb an, weil am 11. Mai der NLL-Aufruf in hebräischer Übersetzung in dem damaligen hebräischen Zentralorgan der PKP, Kol-Ha'am (Volksstim-

me), veröffentlicht wurde. Der Aufruf war begleitet von einem Aufruf des ZK der Partei, in welchem betont wurde, „wir Juden sind für das, was sich in Haifa und in anderen Orten abspielt, veranwortlich. Die noch immer fortgesetzten organisierten Pogrome an arabischen Bürgern, der ungestört fortgesetzte Raub und die Besitznahme arabischer Häuser und Wohnungen, die gewaltsame Verhinderung einer ordentlichen Versorgung der arabischen Bürger mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln, mit elektrischem Strom und öffentlichen Dienstleistungen haben die jüdische Bevölkerung, die bis dahin in friedlicher Eintracht mit ihren arabischen Nachbarn lebten, diskreditiert... Es ist unsere Pflicht, den Flüchtlingsstrom einzudämmen und Bedingungen zu schaffen, die den friedlich gesinnten arabischen Einwohnern ermöglicht in ihre Heimatstadt zurückzukehren".

Was wir damals noch nicht oder nur durch Gerüchte wußten, war, dass die Greueltaten in Haifa und die dadurch erzeugte Panikstimmung sich in vielen Orten abspielte und angeblich „spontan und unorganisiert", dem Plan Dalet entsprechend, nicht spontan, sondern völlig und gut organisiert worden waren. Könnten die in dem NLL-Aufruf aufgeführten Tatsachen nicht auch für die gegenwärtigen Gewaltmaßnahmen der israelischen Besatzermacht in Gaza oder dem Westjordanland geschrieben sein ?

Einige Tage später, am 17. Mai, also drei Tage nach der Ausrufung des Staates Israel, war ich, wie meine anderen Parteigenossen, damit beschäftigt, die Aufrufe der NLL und der PKP in Form eines Flugblattes in den Straßen der Stadt Ramat-Gan und den Siedlungen, welche heute in der benachbarten Stadt Givatajim zusammengeschlossen sind, zu verteilen. Während ich damit beschäftigt war, wurde ich von einer motorisierten Streife der Haganah verhaftet und auf die schon von jüdischen Polizisten besetzte Polizeifestung in Ramat-Gan gebracht. Die offizielle Begründung für meine Verhaftung lautete, ich hätte provokative und aufrührerische Flugblätter gegen Israel und für die arabischen Terroristen verteilt. Meine Erklärung, die in diesen Flugblättern zitierten Aufrufe hätten die Militärzensur passiert und wären in einer legalen Tageszeitung veröffentlicht gewesen, nützte mir nichts. Die mich empfangenden Polizeischergen standen bis zwei Tage zuvor noch im Dienste der britischen Polizei. Während ihres nicht gerade feinen Verhörs, begleitet von Prügeln und antikommunistischen Beschimpfungen, sagten sie ganz offen, sie hätten schon lange ein Auge auf mich und andere meiner Genossen geworfen. Jetzt wäre die Gelegenheit gekommen mit uns „kommunistischen Verrätern" Schluss zu machen. Niemand wüßte ja, dass ich in ihren Händen sei und die Nacht wohl kaum überleben werde. Was die Kerle aber nicht wussten war, dass ich noch in der Haganah Zentrale, wohin man mich zuerst hinbrachte, eine junge Schülerin meiner Lebensgefährtin Tosca, welche englischen Sprachunterricht erteilte, kurz gebeten habe, Tosca Bescheid über meine Verhaftung zu geben. Das Mädchen hatte meine Bitte auch tatsächlich ausgeführt und Tosca hatte auch prompt die Partei benachrichtigt. Als ich gegen Mitternacht von den Polizeischergen geweckt und aus der Zelle geführt wurde, dachte ich schon, jetzt wäre es um mich geschehen.

Aber Wunder auf Wunder, ich wurde mit dem Auftrag entlassen, sofort noch, trotz der späten Mitternachtsstunde den Sekretär der PKP Ortsgruppe Ramat-Gan, den Dentisten Mosche Skutelski aufzusuchen und von meiner Entlassung mitzuteilen.

Was war geschehen, dass es die Kerle so eilig hatten, dass die Partei von meiner Entlassung Bericht erhalte? Das damalige Mitglied des Politbüros und Vertreter der Partei in dem provisorischen Volksrat und Mitunterzeichner der israelischen Unabhängigkeitsurkunde, der spätere PKI Generalsekretär Meir Vilner, drohte dem Vorsitzenden des Volksrates, dem späteren Ministerpräsidenten und Außenminister Mosche Schertok (später Scharett), er würde, falls ich nicht unverzüglich freigelassen werde, der internationalen Presse Mitteilung über die Verhaftung eines kommunistischen Aktivisten machen. Was die Folge davon sei, könne sich ja Schertok, angesichts der damals schon angelaufenen Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei und den guten Beziehungen mit der Sowjetunion, dem ersten Staat der Welt, welcher den Staat Israel (zwei Tage zuvor) offiziell anerkannt und diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte, leicht vorstellen. Daher wurde ich also so unerwarteterweise plötzlich mitten in der Nacht freigelassen.

In Deutschland hat die Solidarität mit Palästina seit dem Golfkrieg Anfang der 90er Jahre rapide abgenommen. In der linken Debatte dominieren Positionen, die jede Kritik an der israelischen Besatzungspolitik unter den Generalverdacht des Antisemitismus stellen. Auch Du bist davon betroffen. In mehreren Beiträgen hat dich die linke Zeitschrift „konkret" angegriffen und behauptet deine Artikel könnten genauso auf der Naziwebseite „National Journal" stehen. Was denkst Du zu dieser spezifisch deutschen Anti-Antisemitismus-Kampagne?

Die angebliche Identität von Judentum, Zionismus, Israel und Antisemitismusbekämpfung ist eine zielbewusste und irreführende, im politischen Zionismus verankerte Propagandalüge. Es sollte klargestellt werden, dass eine Kritik an der friedenssabotierenden Politik aller bisherigen israelischen Regierungen und deren ausgeübten Praxis einer rassistischen Benachteiligung gegenüber den arabischen Bürgern des Landes keinesfalls gleichbedeutend mit einem Antisemitismus ist - auch nicht in Deutschland mit seiner Nazi-Vergangenheit. Gleiches gilt auch für eine Kritik an der überheblichen Ideologie und Praxis des politischen Zionismus. Der künstliche Aufschrei israelischer oder anderer jüdischer Propagandisten, als sei Kritik an der offiziellen israelischen Politik eine Schändung des Andenkens an die sechs Millionen von den Naziverbrechern ermordeten Juden, ist eine schändliche Ausbeutung zur Rechtfertigung einer schändlichen Politik und sollte strikt verurteilt werden. Eine gerechtfertigte Kritik an der brutalen und kolonialistischen Okkupationspolitik Israels oder an der rassistischen antidemokratischen Politik gegenüber der arabischen Minderheit in Israel, die letztendlich auch eine Bodenraubpolitik war und ist, die den arabischen Bürgern Zugang zu einem nicht geringen Teil der Wirtschaft und vieler Beschäftigungszweige verwehrt, ist absolut kein Antisemitismus, wie es allgemein von den offiziell beeinflussten Sprachrohren in Israel und von jüdisch-zionistisch beeinflussten Medien in der westlichen Welt, auch in Deutschland, gehandhabt wird. Gerade in Deutschland mit seiner dunklen Nazivergangenheit sollte man vorsichtig sein. Die berechtigte Kritik an der israelischen Regierungspolitik ist ja nicht gegen die Juden generell, ob in Israel lebend oder in anderen Ländern, gerichtet. Das wäre tatsächlich Antisemitismus. Kritik sollte und darf die zionistische Politik des Bodenraubs und rassistischer Arroganz verurteilen, aber keineswegs pauschal gegen das israelische Volk, oder

generell gegen Juden gerichtet sein und diese mit der antidemokratischen Politik der israelischen Machthaber identifizieren. Eine scharfe Trennungslinie muss gezogen werden zwischen den rechten und rechtsradikalen, teilweise sogar faschistisch und fanatisch-fundamentalistisch ausgerichteten Gruppierungen einerseits und andererseits den Friedenskräften, den linken und sogar bürgerlich liberalen und demokratischen Kräften in Israel. Linke Solidarität sollte gegenüber den unter dem israelischen Besatzerjoch schmachtenden Palästinensern, sowie gegenüber den linken und anderen konsequenten Friedensgruppierungen in Israel, zu denen auch im Wesentlichen die arabisch-palästinensischen Bürger Israels zählen, geleistet werden. Das möchte ich, als ehemaliger deutscher Widerstandsaktivist gegen die Hitlerdiktatur, welcher die Lehren aus jener Zeit nicht vergessen hat, sowie als ein jüdisch-israelischer Patriot, der einen gerechten Frieden mit dem Palästinenservolk, wie er im Interesse beider Völker liegt, im Herzen trägt, besonders betonen.

28. Februar 2001 - http://www.sooderso.de/online/2001/februar/sosinthlebrecht.htm

****

Der rote Lebrecht als „brauner Hund"?

Die Tageszeitung „junge Welt" veröffentlichte am 8. Dezember ein Interview mit unserem Nahost-Korrespondenten Hans Lebrecht, in dem er auf Angriffe der Zeitschrift „konkret" antwortet. Mit freundlicher Genehmigung der jW-Redaktion drucken wir das Gespräch nach.

jW: Die Zeitschrift „konkret" greift Sie seit Monaten an. Im Dezember-Heft werden Ihre Artikel mit der Nazi-Website „National Journal" für kompatibel erklärt. Warum agitiert „konkret" gegen Sie?

Hans Lebrecht: Weil ich im strengen Sinne ausgewogen über den israelisch-palästinensischen Konflikt berichte.

jW: Haben Sie sich an die Redaktion gewandt?

H. L.: Im August. Mit sachlichen Einwänden gegen ihre Polemik. Sie hat aber meinen Brief nicht gedruckt und auch sonst nicht reagiert.

jW: Worin sehen Sie die Hauptdifferenzen?

H. L.: Meine Position ist, dass die Palästinenser nichts anderes tun, als von dem in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebenen Widerstandsrecht gegen Besatzungsregime Gebrauch zu machen, auch wenn sie die kolonialistischen und zum Teil bewaffneten „Siedler" angreifen. Denn diese Israelis, die ihre Pflöcke widerrechtlich in fremden Boden eingeschlagen haben - heute doppelt so viele wie 1993, dem Jahr des Osloer Prinzipienabkommens - sind Bataillone des staatlichen Expansionismus. „konkret" dagegen kriminalisiert den Kampf der Palästinenser gegen die israelischen Okkupanten und schämt sich nicht - ein linkes Blatt! - ihr Bild auch latent rassistisch zu verzeichnen.

jW: Ein Beispiel?

H. L.: Wie Herr Gremliza im Novemberheft das Verhalten der Palästinenser interpretiert, wenn es auf ihrer Seite Tote gibt, das ist Herrenrassenmeinung. Dass es Tote gibt, haben sie sich natürlich selber zuzuschreiben. Die israelischen Soldaten verteidigen sich nur, „schießen erst warnend in die Luft". Eine derartig beschönigende Darstellung des Militärs findet sich in der israelischen Presse nicht.

jW: Sie gehen mit „konkret" offenbar auch nicht in der Beurteilung der Hisbollah konform? Verteidigen Sie die Hisbollah?

H. L.: Ich verteidige lediglich ihr Widerstandsrecht, das doch nach der UN-Charta allen Menschen zusteht, die unter einer fremden Besatzung leben, egal welcher politischer Couleur. Mir wäre es natürlich auch lieber gewesen, wenn die libanesische KP den Abzug der Israelis aus dem Südlibanon zuwege gebracht hätte oder die linke volkstümliche AMAL-Bewegung. Aber ich kann doch nicht deswegen gegen diesen völkerrechtlich zwingenden Rückzug sein, weil er in erster Linie von der islamisch-fundamentalistischen Hisbollah erkämpft worden ist.

jW: Sind Hisbollah und Hamas nicht sogar zeitweilig von den Israelis finanziert worden, um die PLO zu schwächen?

H. L.: So ist es. Die wechselnden israelischen Regierungen haben immer die ihnen von den USA zugewiesene Aufgabe gehabt und erfüllt, linke Bewegungen niederzuhalten - und nicht nur innenpolitisch gesehen. Israel hat z. B. das Pinochet-Regime unterstützt. Gleichwohl sind israelische Regierungen für „konkret" „Antifa-Regime"; definitionsgemäß sozusagen. Darüber kann ich nur bitter lachen.

jW: „konkret" empört sich, dass Sie von „jüdischen Klerikalfaschisten" sprechen. Wen meinen Sie damit?

H. L.: Die Kahane-Chai-Bande zum Beispiel. Offiziell verboten, gleichwohl immer noch aktiv und in den „Siedlungen" mit Rückendeckung der israelischen Besatzer. Diese Bande hat mehrfach Palästinenser so zu Tode gelyncht wie diese kürzlich Israelis in Ramallah. Daran habe nicht nur ich in meinen Berichten über die schrecklichen Morde in Ramallah erinnert, diesen Zusammenhang haben auch mehrere angesehene israelische Tageszeitungen hergestellt.

jW: „konkret" bestreitet, dass Israelis zu so etwas fähig sind.

H. L.: Man wirft mir praktisch Greuelpropaganda vor. Das erinnert mich an etwas: Es war im Sommer 1933. Mein Riegenführer im Turnerbund Ulm, der Polizist H. S., hatte kurzzeitig im württembergischen „Schutzhaftlager" Heuberg Dienst tun müssen. Er kam entsetzt zurück, gab seinen Beruf auf und berichtete uns auf einem Heimabend von den miterlebten Gewaltakten der SS. Zu Hause will ich aufgewühlt davon erzählen - und mein Vater ohrfeigt mich: „Ich will hier in meinem Hause keine Greuelmärchen hören."

jW: Sie haben mehrfach auf das Dritte Reich Bezug genommen, aus Ihrer Lebensgeschichte heraus einleuchtend.

H. L.: Ich vergleiche Israel nicht mit dem Dritten Reich, wenn es das ist, was Sie meinen. Israel verhält sich den Palästinensern gegenüber wie eine typische bürgerliche Kolonialmacht. Und solange ist der Konflikt nicht zu lösen. Oder anders herum: Würde Israel seine zionistischen Eroberungspläne wirklich begraben, wäre die Lö-

sung nicht schwer. Der Judenhass der Palästinenser ist doch nicht genetisch bedingt, wie konkret insinuiert.

jW: Aber gibt es Druck von unten? Eine israelische Friedensbewegung - existiert die überhaupt noch?

H. L.: Für „konkret" natürlich nicht. Aber wir sind da und wir werden stärker.

jW: Mit „wir" meinen Sie die 1992 von Uri Avneri gegründete jüdisch-arabische „Gusch Schalom", in der Sie aktiv sind, obwohl sich die KP-Führung an die „Frieden jetzt!"- Bewegung angelehnt hat ...

H. L.: ... deren Führer zum Teil in den sogenannten Friedensregierungen saßen. Die ist zionistisch beeinflusst, und von der ist nicht mehr viel zu erwarten.

jW: Was will die „Gusch Schalom"?

H. L.: In Stichworten: Rückzug Israels aus allen im Juni 1967 besetzten Gebieten, Evakuierung der „Siedler", die nicht palästinensische Bürger werden wollen; Respektierung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt.

jW: Noch ein letztes Wort zu „konkret"?

H. L.: Die Redaktion hat zu recht das Hamburger (Reemtsma-)Institut für Sozialforschung bekämpft, weil es die Totalitarismustheorie reaktiviert hat. Aber mit ihrer Anti-Antisemitismus-Kampagne stellt sie sich faktisch dem Institut an die Seite. Der rote Hans Lebrecht wird so oder so zum braunen Hund.

Das Gespräch führte Doris Kachulle - unsere zeit - Zeitung der DKP 15. Dezember 2000 jW-Interview
http://www.commpress.de/3250/s0804.htm

****

Klappe zu, Ohren auf!

Es muss den Israelis vorbehalten sein, die jüdische Identität ihres Staates in Frage zu stellen. Die deutsche Linke sollte dazu schweigen. von stefan vogt

Es grenzt schon an Anmaßung, wenn die deutsche Linke über das Rückkehrrecht der Palästinenser diskutiert und glaubt, ihre mehr oder weniger gut gemeinten Ratschläge könnten einen Konflikt lösen helfen, an dem sich die Akteure selbst die Zähne ausbeißen. Je nach Fraktion macht man sich dann zum ungebetenen Anwalt entweder der Palästinenser oder der Israelis. Wohin die Identifikation mit palästinensischer Befreiungsideologie führt, sollte man in der hiesigen Linken inzwischen eigentlich wissen. Dass aber auch die Israelis nicht ausgerechnet von den Deutschen eine Politikberatung brauchen, muss sich wohl erst noch herumsprechen.

Unbestreitbar ist, dass das Rückkehrrecht der Palästinenser eines der Hauptprobleme auf dem Weg zu einer Friedenslösung im Nahen Osten ist und bleiben wird. Gleichzeitig gehört es zu den Themen, die ideologisch besonders aufgeladen sind, mehr noch als der Streit um den Tempelberg. Denn während es beim Tempelberg um religiöse Identitäten geht und zumindest die säkularen Teile beider Gesellschaften sich vermutlich am Ende nicht viel um diese Frage scheren werden, berührt das Rückkehrrecht auf beiden Seiten etwas Fundamentales: die nationale Identität.

Eben deshalb haben beide Regierungen in dieser Frage nur sehr geringe Handlungsspielräume. Sowohl Barak als auch Arafat sitzen hier nämlich nicht nur das jeweilige politische Establishment, sondern der größte Teil der eigenen Bevölkerung im Nacken, und es geht für beide ums politische Überleben. Da es noch niemals einen palästinensischen Staat gegeben hat, taugt nur die so genannte Naqba, die »Katastrophe der Vertreibung«, zur Gründung eines nationalen Mythos. Auf der anderen Seite ist es nur die »jüdische Identität« Israels, die seine Staatsgründung 1948 legitimieren kann. Ganz egal, wie Arafat und Barak zum Rückkehrrecht stehen mögen, in der palästinensischen Bevölkerung ist der Verzicht darauf derzeit genauso wenig durchzusetzen wie in der israelischen seine Anerkennung und Verwirklichung.

Besser als eine Position in der Auseinandersetzung zu beziehen wäre es also, sich erst einmal über die Hintergründe und Strukturen dieser Ideologien klar zu werden. Was die israelische Seite betrifft, so geben die Debatten, die innerhalb der Linken über das Rückkehrrecht geführt werden, sehr viel Aufschluss. Hier stehen sich im Wesentlichen drei Richtungen gegenüber.

Es ist dies auf der einen Seite die so genannte zionistische Linke, die das Recht auf Rückkehr kategorisch ablehnt. In einem Appell in der Zeitung Ha'aretz vom 2. Januar hatte eine Gruppe von Intellektuellen um den Schriftsteller Amos Oz, viele davon prominente Mitglieder der liberalen Partei Meretz oder der Friedensinitiative Shalom Achshav (Frieden jetzt), erklärt: »Wir werden nie der Rückkehr der Flüchtlinge nach Israel zustimmen können, weil eine solche Rückkehr die Vernichtung des Staates Israel bedeuten würde.« Hier wird damit argumentiert, dass aus guten historischen Gründen Israel als jüdischer Staat entstanden sei, nämlich, wie es David Grossman vor kurzem in der FAZ formulierte, als »Zuflucht für die Juden der Welt«.

Am anderen Ende des Spektrums stehen die Personen und Gruppen, die sich seit einiger Zeit als Anti-Apartheid-Bewegung Israels konstituieren und das Ziel eines »säkularen und demokratischen Staates in ganz Palästina« verfolgen. Sie fordern die bedingungslose Anerkennung des Rückkehrrechts und die Rücknahme der »ethnischen Säuberungen« von 1948. Dabei wird ziemlich ungebrochen die palästinensische Sichtweise übernommen, die in der israelischen Staatsgründung eine »nationale Katastrophe« erblickt. Zwar werden die Konstruktionen der israelischen Staatsideologie scharfsinnig dekonstruiert, diejenigen der palästinensischen Ideologie jedoch teilweise reproduziert.

Zwischen beiden Flügeln stehen Gruppen wie Gush Shalom (Friedensblock) oder Hadash, das Bündnis der Kommunistischen Partei Israels, die zwar die Politik der israelischen Regierung und die »Gründungsmythen« (Zeev Sternhell) Israels ebenfalls kritisieren, das Problem der Flüchtlinge jedoch etwas differenzierter sehen. Uri Avneri von Gush Shalom etwa ist der Ansicht, dass diese Frage erst nach einer Einigung bei den anderen Punkten diskutiert werden kann und dass dann beide Seiten Konzessionen machen müssen.

In einer ausführlichen Analyse des Problems stellt Reuven Kaminer von Hadash ganz richtig fest, dass die Heftigkeit des Streits um die Rückkehrfrage nicht die Ursache, sondern das Resultat des stockenden Friedensprozesses ist. Er betont also den ideologischen Gehalt dieses Streites und kritisiert die zionistische Linke für die Art und Weise, wie sie ein Zurückweichen in dieser Frage zur Entscheidung auf Leben und Tod Israels stilisiert habe.

Dieselbe Kritik - und sie findet sich in Kaminers Stellungnahme nicht - müsste aber gegen die palästinensische Sicht gerichtet werden. Während auf israelischer Seite eine ganze Reihe von »Neuen Historikern« die Geschichte der Staatsgründung und ihrer Ideologie revidiert und sich die Stellungnahme für das Rückkehrrecht der Palästinenser nur zu gerne auf diese Historiker beruft, sucht man eine »Neue Geschichte« der Palästinenser vergeblich.

Das kann nicht allein an der mangelnden Infrastruktur in den besetzten Gebieten liegen, denn palästinensische Intellektuelle gibt es genug. Allerdings sind manche unter ihnen, die bislang für kritische Positionen bekannt waren, inzwischen zum Steinewerfen übergegangen.

Wie sehr die palästinensische und insbesondere die arabische Sicht auf das Flüchtlingsproblem von Ideologie durchdrungen ist, zeigt sich, wenn man die Haltungen der arabischen Staaten gegenüber den Flüchtlingen betrachtet. Sie alle würden die palästinensischen Brüder und Schwestern lieber heute als morgen loswerden, und an einer Lösung, die humanitäre Leistungen als Ausgleich für das versagte Rückkehrrecht enthielte, sind sie schon gar nicht interessiert. Kein Wunder also, dass die Arabische Liga Arafat von einer Annahme des Clinton-Plans abgeraten hat. Umgekehrt scheint es keineswegs abwegig, dass der Libanon nach einer Anerkennung des Rückkehrrechts seine 350 000 Flüchtlinge mit syrischer Hilfe nach Israel abzuschieben versucht. Die Folgen für die Stabilität in diesem Dreiländereck wären nicht abzusehen.

So wäre von einer ideologiekritischen Analyse des Rückkehrrechts der Palästi-

nenser zumindest zu verlangen, dass die Rolle, die diese Frage und der ganze Diskurs um die Naqba für den palästinensischen Nationalismus spielt, ebenfalls untersucht wird. Wie ideologisiert die palästinensische Gesellschaft derzeit ist, sieht man auch an anderen Punkten, so an der Debatte um die Bedeutung des Tempelbergs - nicht Jerusalems - und an der widerlichen Stilisierung der »Märtyrer der Al-Aqsa Intifada«. Dabei steckt die Auseinandersetzung der Palästinenser mit dem Holocaust und mit der Geschichte des Antisemitismus noch in ihren Anfängen.

Eine solche Auseinandersetzung wäre jedoch notwendig, wenn die palästinensische Gesellschaft begreifen will, warum das Recht auf Rückkehr eine solche Ablehnung in Israel erfährt. Reuven Kaminer wirft in seiner Analyse der zionistischen Linken vor, dass sie, »besessen von jüdischem Leiden, jüdischer Heimatlosigkeit und jüdischen Traumata«, nicht in der Lage sei, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu begreifen. Vielleicht wäre aber gerade dieses Bewusstein auf beiden Seiten der grünen Linie nötig.

Unbedingt einfordern muss man es jedoch von jeder Beschäftigung mit diesem Thema in Deutschland. Hier muss auch klar sein, dass die jüdische Identität Israels etwas anderes ist als die deutsche Identität Deutschlands. Es sollte den Israelis vorbehalten sein, die jüdische Identität ihres Staates in Frage zu stellen und insbesondere den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem dies legitim und politisch sinnvoll ist. Die deutsche Linke jedenfalls sollte sich hierzu eines Kommentars enthalten.

Jungle World, Bergmannstraße 68, 10961 Berlin, Germany Tel. ++ 49-30-61 28 27 31 Fax ++ 49-30-61 8 20 55 E-Mail: redaktion@jungle-world.com

****

aus Palästina-Nachrichten ...

Mitteilungen der Vereinigung der Freunde Palästinas in Berlin-Brandenburg e.V.

Alle schlimmen Befürchtungen, die sich mit der Wahl Scharons einstellten, scheinen sich mit den Ereignissen der letzten Wochen und Tage zu bestätigen. So dürften die Fundsachen aus den Medien, die wir nachstehend (zumeist chronologischer Reihenfolge) zusammengestellt haben, dieses triste Bild nur bestätigen. Natürlich sind viele der aus deutschen Zeitungen zitierten Reports subjektive Momentaufnahmen, sie lassen allerdings Aussagen über den allgemeinen Trend zu. Sie sollten - wie auch die Auszüge aus Kommentaren und Analysen - Stoff zum Nachdenken sein. Vielmals hat man als Redakteur dieses Digest das Bedürfnis, bestimmte Passagen hervorzuheben oder zu kommentieren. Aber dies können unsere denkenden Leser sicherlich selbst tun. Besonders aufmerksam zu machen ist auf die „80 Thesen für ein neues Friedenslager", die wir an das Ende dieser Ausgabe stellen. Es ist eine zum Verständnis der Situation dienliche Analyse, vor allem aber auch ein Signal dafür, daß vielleicht doch nicht alle Hoffnung vergebens ist.

****

Kinder im Krieg - Krieg mit Kindern

Am 27. März wurde in Hebron ein Säugling in den Armen eines jüdischen Siedlers getötet, erschossen von einem palästinensischen Scharfschützen. Die Bilder sind um die Welt gegangen. Die israelische Führung machte Yasser Arafat persönlich für den Kindestod verantwortlich und nahm das Ereignis zum Vorwand harter militärischer Schläge. Die Süddeutsche Zeitung am 30. März: „Die Bombardierung in Gaza und Ramallah wird nun auch mit der Ermordung des zehn Monate alten jüdischen Babys in Hebron gerechtfertigt. Der Mord ist gewiß ein Anlass zur Empörung, doch Premierminister Ariel Scharon geht mit dem Rachefeldzug auch der unangenehmen Frage aus dem Weg, weshalb 400 radikale jüdische Siedler im Herzen Hebrons unter 120000 Palästinensern und geschützt von 2000 israelischen Soldaten leben."

Man sollte die Frage wiederholen, die wir im vorigen Jahr stellten, als fanatische Siedler in Nablus mit Kleinkindern zu einem palästinensischen Flüchtlingslager marschierten und dort unter Feuer gerieten: Weshalb setzen die Fanatiker ihre Kinder vorsätzlich tödlichen Gefahren aus, indem sie sich mit ihnen ohne Not ins Frontgebiet begeben?

Wir erinnern uns der Bilder eines anderen toten Kindes, des 12jährigen Mohammed al-Dura, erschossen von einem israelischen Schützen am 30. September 2000 im Gaza-Streifen. Wir erinnern uns, daß seinerzeit israelische Medien die Palästinenser beschuldigt haben, um der PR willen vorsätzlich ihre Kinder zu opfern. Wir haben damals in den Palästina Nachrichten einen am 25 Oktober 2000 vom israelischen Außenministerium verbreiteten Text von Prof. Gerald M. Steinberg zitiert: „Das Kinderopfer war der fundamentalen Ausdruck des Götzendienstes und lag der zentralen biblischen Botschaft zugrunde, jeglichen Kontakt mit oder jegliche Toleranz für solche Praktiken zu verbieten. Daß die palästinensische Führung solches Verhalten als Teil ihrer politischen militärischen Kampagne gegen Israel oder für andere Zwecke ermutigt, ist jenseits von Vorstellungsvermögen und jeglicher Erklärung." Die Überschrift jenes Artikels: „Palästinensische Kinderopfer". In Ha'aretz schrieb damals (am 10. Oktober 2000) Dan Margalit, Arafat „habe das Opfer Ismails wieder eingeführt. Er hat hilflose Kinder vor den Altar der Fernsehkameras geführt, die seinen politischen Zwekken dienen."

Und nun, nach dem Tod des Säuglings in Hebron berichtete Ha'aretz (28. März) dies: „Israel schaltete seine PR-Bemühungen gestern in einen höheren Gang, als es Bilder der getöteten zehnmonatigen Shalhevet Pass unter den internationalen Nachrichtenmedien verbreitete. Das Außenministerium wies israelische Diplomaten an, die Meinungsmacher davon zu überzeugen, daß die Tötung des kleinen Mädchens durch einen Scharfschützen eine 'beispiellose Grausamkeit' sei, und daß der Angriff eine zynische palästinensische 'Antwort' auf die Aufhebung der israelischen Absperrmaßnahmen gegen palästinensische Städte sei. Israels Diplomaten wurden angewiesen, 'allen erreichbaren Medien, besonders dem Fernsehen' Interviews zu geben. Die Direktiven des Außenministeriums ermutigen Diplomaten, Gebrauch von dem Foto der Pass-Familie zu machen, das gestern von den israelischen Zeitungen veröffentlicht wurde."

Am gleichen Tage schrieb Amira Hass in der gleichen Zeitung: „Am ersten Wochenende im März wurden vier palästinensische Zivilisten, die nicht an irgendwelchen gewaltsamen Zusammenstößen mit israelischen Streitkräften beteiligt waren, getötet, während ein Kind in Gaza an seinen Verletzungen starb, drei Tage nachdem es Steine auf israelische Soldaten geworfen hatte, die mit einem Jeep vorbeifuhren und seine Steinwürfe mit einem Feuerstoß tödlichen Gewehrfeuers beantworteten. (...) Am gleichen Nachmittag (2. März) befand sich der neunjährige Obei Darraj in seiner Wohnung in El-Bireh zu Füßen von Psagor. Schüsse aus der Richtung dieser jüdischen Siedlung verwundeten ihn tödlich. (...) Immer wieder werden Palästinenser verwundet oder getötet. Ihr Tod wird von Israelis als notwendiges Übel oder als einzige Verantwortung der Palästinenser betrachtet. (...) Wenn eine Frau in der Nähe einer Schule im Zentrum einer palästinensischen Stadt unterwegs ist, macht sich kein Israeli die Mühe, sich daran zu erinnern, daß das Geschoß, das sie tödlich verwundete, selbst aus einem Wohngebiet abgefeuert wurde, nämlich einer israelischen jüdischen Siedlung. Der Entschluß der israelischen Armee, (...) in der Mitte palästinensischer Wohnviertel Militärstützpunkte zu errichten und in jüdischen Siedlungen Panzer und Maschinengewehre aufzustellen, wird in den Augen der Israelis nicht als ille-

gitime oder aggressive Handlung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung betrachtet. Wenn ein junger Mensch in seinem eigenen Viertel getötet wird, während einige Kinder Steine werfen, ist niemand bereit, die Fairness der israelischen Antwort, die unverändert härter als die palästinensische Operation ist, in Frage zu stellen. 'Dies ist ein Krieg,' sagt man den Israelis, 'den die Palästinenser angefangen haben, und das sind die Ergebnisse.' (...) Es stimmt natürlich, daß der palästinensische Scharfschütze, der durch sein Zielfernrohr das kleine Mädchen Shalhevet Pass sah und sich entschied, es zu ermorden, ein grausames Individuum ist. Grausamkeit ist auch nötig, um Bomben inmitten israelischer Wohngebiete oder in vollen Bussen abzulegen. In den Augen der Israelis gibt es, dank ihrer Fähigkeit unmittelbar jeden Palästinenser zu vergessen, der verwundet oder getötet wurde, einen ständigen Wettbewerb, wer wen brutalisieren kann. Die Palästinenser werden stets als die Sieger aus diesem Wettbewerb hervorgehen. Israelische Soldaten und israelische Kinder können nie grausam sein - selbst 34 Jahre, nachdem einer Bevölkerung, die ihre Unabhängigkeit verlangt, die israelische Kontrolle aufgebürdet wurde."

Aus einem Bulletin der Menschrechtsorganisation Al-Haq vom 28. März: „Gestern wurde ein weiteres palästinensisches Kind, Mahmoud Ismael Ahmed Abdul Hadi al-Darawish aus Dura bei der Westbank-Stadt Hebron getötet. Damit erhöhte sich die Zahl der seit dem Ausbruch der Intifada am 29. September getöteten Kinder unter 18 Jahren auf 101. Einige von Mahmouds Familienangehörigen und einige Freunde hatten sich auf dem Dach ihres Hauses versammelt, um Karten zu spielen. Das Haus liegt im Dorf Dura bei Hebron. Einige Kinder, darunter der 11jährige Mahmoud, standen dabei und sahen dem Spiel zu. Etwa um 20 Uhr, berichtete einer der Kartenspieler, Jamal Hussein Mohammad al-Darawish, habe man Schüsse aus der Richtung eines israelischen Panzers gehört, der von einem Hügel das Gebiet mit dem Haus überschaut. Mahmoud brach zusammen und man fand, daß er erschossen war..."

****

Zurück aus Deutschland In der Frankfurter Allgemeinen (3. April) berichtete Kathrin Westphal über ihren Besuch bei palästinensischen Verwundeten, die zu medizinischer Behandlung nach Deutschland geschickt worden waren:

„Mühsam auf seine Krücke gestützt, humpelt der zwanzig Jahre alte Sami die staubige Straße hinab. Seine Füße stoßen an achtlos hingeworfene Plastikflaschen und verbeulte Konservendosen. Der zwölf Jahre alte Khalid ist etwas behender. Die schwere Bauchverletzung merkt man ihm kaum noch an, doch nach einem langen Arbeitstag in der Textilfabrik seines Onkels bewegt auch er sich nur langsam. Sami und Khalid haben sich in einem Krankenhaus in Gaza kennengelernt, nachdem sie beide am selben Tag angeschossen worden waren. Beide gehörten zu den etwa fünfzig palästinensischen Kindern und Jugendlichen, die im vergangenen November von der Bundeswehr zur Behandlung in einem Krankenhaus nach Deutschland ausgeflogen worden waren. Nun sind sie zurück in Gaza-Stadt - einer Stadt, die ihren Kindern kaum eine Perspektive bieten kann. (...) Schon um sieben Uhr morgens sitzt der Junge gemeinsam mit seinen fünf Cousins und vier weiteren Arbeitern vor einer der

Nähmaschinen in der Schneiderei seines Onkels. Aus dem Radio dröhnt laut arabische Musik, die weiße Wand ist nur durch ein Zitat aus dem Koran geschmückt. Eigentlich hätte Khalid heute früh schon um vier Uhr zum Markt östlich von Khan Yunis fahren sollen, um dort die Pullover, Hemden und Röcke zu verkaufen. Aber der Gaza-Streifen ist wieder einmal bei Khan Yunis geteilt. Eine israelische Straßensperre aus Panzern und Blechtonnen, die nur zweimal täglich kurz geöffnet wird, schränkt die Bewegungsfreiheit der Bewohner von Gaza auf 27 Quadratkilometer ein. 'Ich kann Khalid unter diesen Umständen nicht fahren lassen. Es ist viel zu gefährlich', sagt sein Onkel, ein fröhlicher Mann, der zu den wenigen gehört, die sich in Gaza eine eigene Existenz aufbauen konnten. Auch wenn er die in seinem Familienbetrieb produzierte Kleidung nur unter Schwierigkeiten exportieren kann, geht es vielen seiner Freunde schlechter. (...) Khalid bleibt an diesem Tag im Stadtteil Schejair, in dem er mit seiner Familie lebt. Gegen zehn Uhr geht er an Eselskarren, grauen Betongebäuden und mit Bildern von 'Märtyrern' des palästinensischen Befreiungskampfes verzierten Wänden vorbei zu dem kleinen Laden. Er holt Frühstück für die Arbeiter: Pita- Brot, etwas Gemüse und Houmus. Danach legt er die Nähte halbfertig genähter Röcke sauber aufeinander. Immer wieder bleiben die Nähmaschinen in der kleinen Fabrik stehen. Die Stromversorgung aus Israel wird mehrere Male am Tag unterbrochen. Khalid macht sich heute keine Gedanken darüber, denn es ist ein besonderer Tag für ihn. Zum ersten Mal wird er wieder in einem Taxi nach Al Montar fahren. Dort hatten ihn im vergangenen Herbst drei Kugeln aus israelischen Maschinengewehren in den Bauch getroffen. (...) Israelische Panzer wälzten damals die Bäume auf der Anhöhe nieder, um die Grenze besser übersehen zu können. 'Wir wollten sie mit unseren Steinen vertreiben, sie haben hier schließlich nichts zu suchen,' sagt der Junge mit fester Stimme. 'Es ist unser Land!' Die Soldaten schossen mit sogenannter Dumdum-Munition zurück. Khalid blieb zum Weglaufen keine Zeit mehr. Die Narben der drei Bauchschüsse zeigt er stolz unter seinem hochgehobenen Hemd mit dem Schriftzug des deutschen Fußballvereins HSV. Noch am selben Tag wurde er in Gaza operiert. Auch Sami kann diesen Novembertag nicht vergessen. Denn kurz nach Khalid war ein siebenjähriges Kind verletzt worden, und Sami war als Ersthelfer an Ort und Stelle. 'Ich habe den israelischen Soldaten ein Zeichen gegeben, daß ich Sanitäter bin und nur helfen möchte, aber es wurde einfach weitergeschossen', erzählt der gelernte Schlosser mit leiser Stimme. Ein Geschoß traf seinen Unterbauch. (...) Mehr als eine Woche lang lagen Sami und Khalid Seite an Seite in einem kargen Dreibettzimmer im Schifa-Krankenhaus in Gaza. Dann bot die Bundesregierung an, fünfzig schwerverletzte palästinensische Kinder und Jugendliche in Deutschland behandeln zu lassen. Sami und Khalid gehörten zu den vier Patienten, die unter insgesamt 5000 Verletzten von Bundeswehr-Ärzten ausgewählt wurden. Die beiden wurden im Hamburger Bundeswehr-Krankenhaus versorgt. Weitere Kinder kamen in den Militärkrankenhäusern von Koblenz, Ulm und Berlin unter. In Deutschland wurde auf diese humanitäre Hilfe nicht besonders aufmerksam gemacht - aus Rücksicht auf die Israelis. Zwei Wochen später kehrten zwölf der fünfzig Kinder über Kairo nach Hause zurück. Für sie begann eine Odyssee, denn die Lage in den Palästinensergebieten hatte sich verschlechtert. Die israelische Armee hatte den Gaza-Streifen zwischen Khan Yunis und Deir-al-

Balah geteilt. Eine Straßensperre machte es für zwanzig Stunden am Tag unmöglich, von Süden nach Norden zu reisen. 'Wir sind von Kairo aus rund sieben Stunden mit dem Taxi nach Rafah gefahren und haben dort zunächst an der Grenze acht Stunden gewartet', erinnert sich Sami. Eigentlich haben ihm die Ärzte verboten, länger zu sitzen. Streng bewacht von der israelischen Armee und bedroht von Maschinenpistolen, durften er und seine elf Mitreisenden schließlich zu Fuß durch das etwa einen Kilometer breite Niemandsland zwischen Israel und Palästina gehen. Den Kranken stand für diesen Fußmarsch genau eine halbe Stunde zur Verfügung. Doch damit war die Reise immer noch nicht zu Ende. Gut sechzig Stunden mußte Sami auf die Genehmigung warten, damit ihn ein Krankenwagen von Khan Yunis durch die Straßensperre nach Gaza bringen konnte. Khalid und sein Onkel, der ihn nach Deutschland begleitet hatte, versuchten, die Sperre auf einem Schleichweg zu umgehen. 'Aber als sie auf uns geschossen haben, sind wir umgedreht und haben vier Tage warten müssen, bis wir nach Gaza weiterreisen konnten', berichtet Khalid. Khalid ist danach in seine Familie zurückgekehrt und lebt fast wieder wie früher. Für Sami, der beinahe jeden Tag Sport getrieben hat und als Feuerwehrmann und Sanitäter ehrenamtlich tätig war, hat sich vieles geändert. Dreimal in der Woche geht er zur Behandlung ins Krankenhaus. Nur wenige Minuten lang schafft er es, unter Schmerzen und ohne Krücke auf dem Laufband zu gehen. Er soll regelmäßig Beruhigungsmittel nehmen, psychisch bedingte Asthma-Anfälle rauben ihm den Atem. Am liebsten ist er jetzt alleine, in dem rohverputzten Haus seiner Eltern. Die neun Geschwister sowie Vater und Mutter teilen sich drei Zimmer. Mit seinen Sporturkunden in Händen berichtet er dort, daß er den schwarzen Karate-Gürtel besitzt. Früher habe er die Jugendlichen im Viertel trainiert. Aber daran ist nicht mehr zu denken. Er holt ein kleines, rundes Metallstück hervor: 'Von diesen Splittern haben sie zwanzig aus meinem Körper geholt. Es sind Teile eines Dumdum-Geschosses.' (...) Bei Einbruch der Dunkelheit ziehen sich die Bewohner von Gaza in ihre Häuser zurück. Die Stadt am Ufer des Mittelmeers wirkt dann wie ausgestorben. 'Die Menschen haben Angst, nach zwanzig Uhr geht kaum noch jemand auf die Straße', sagt Khalids Onkel. Der Vater des Jungen, der als Straßenkehrer arbeitet, fügt hinzu. 'Alles, was wir wollen, ist, in Ruhe zu leben. Arafat soll endlich für Frieden sorgen, aber das Land Palästina soll er nicht aufgeben.' Khalid nutzt die kurze Zeit zwischen Feierabend und Sonnenuntergang, um mit einigen Freunden auf der sandigen Straße vor seinem Haus mit Murmeln zu spielen. Auch in dieser Straße ist die neue Intifada allgegenwärtig: Ein Junge trägt ein T-Shirt mit dem Bild eines erschossenen Jungen vor der Kuppel der Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem. Überall an den Häuserwänden stehen arabische Inschriften, auf denen den Familien der Getöteten gedankt wird. Sami verbringt den Abend im Haus seiner Eltern mit einigen Freunden vor dem Fernseher. Um das Gerät herum hat er die vielen Geschenke drapiert, die er im Krankenhaus bekommen hat. Das palästinensische Fernsehen zeigt Bilder von Beerdigungen und von Kindern, die mit Steinen bewaffnet den israelischen Panzern gegenüberstehen. Eine Gewehrsalve draußen läßt alle kurz aufhorchen. 'Sie schießen wieder bei Al Montar', sagt Sami, Schüsse, die über die dunkle Stadt hallen, gehören für die Bewohner von Gaza schon lange zum Alltag."

****

Es wird weiter gesiedelt

Ha'aretz meldete am 6. April: „Das Wohnungsbauministerium veröffentlichte gestern Ausschreibungen für Bau weiterer 700 Wohnungen auf der Westbank. Die Ausschreibungen sind für 496 Wohnungseinheiten in Ma'aleh Adumin bei Jerusalem und 212 in Alfe Menashe, westlich Qalqilyah, Wohnungsbauminister Natan Sharansky sagte gestern ... 'Diese Ausdehnung ist wegen des natürlichen Wachstums in diesen Städten nötig'. Der Yesha-Rat (Rat der Siedler) lobte Sharansky für die Ausschreibung. 'Sharansky hat einen mutigen Schritt getan und eine angemessene zionistische Antwort auf die böse Politik der palästinensischen Behörde erteilt.'"

In der Jordan Times (vom 12. April) zitiert Michael Jansen den israelischen Regierungschef: „Ich sehe keinerlei Grund, irgendeine Siedlung zu räumen. Wenn nach einiger Zeit ... Frieden sein wird, wird es keinen Grund geben, die Siedler davon abzuhalten, zu bleiben ... es ist kein Zufall, daß die Siedlungen stehen, wo sie sind. Sie bewachen sowohl den Geburtsort des jüdischen Volkes und sie gewähren uns auch die strategische Tiefe zum Schutz unserer Existenz." Jansen zählt auf: „Im September 2000 waren 6100 Wohnungen in illegalen Siedlungen im Bau, zu einer zeit, als 3700 Wohnungseinheiten ... unbewohnt waren. (...) Israelischen Statistiken zufolge gab es, als 1991 in Madrid der Friedensprozeß begann, 96 000 Siedler in 150 Siedlungen auf der Westbank und 4250 in 15 Kolonien in Gaza. Amerikanische Statistiker sagen, daß es insgesamt 230 000 Siedler im besetzten Ost-Jerusalem, der Westbank und Gaza gab. Das heißt, daß es allein im besetzten Ost-Jerusalem 129 750 Siedler gab. Heute gibt es mehr als 200 000 Siedler in 166 Kolonien in der okkupierten Westbank, weitere 180-250 000 in 28 Kolonien im besetzten Ost-Jerusalem und 7000 Siedler in 18 Kolonien im besetzten Gaza-Streifen. Also haben die Israelis, seit der Friedensprozeß unter amerikanischer und internationaler Schirmherrschaft begann, die Zahl der illegalen Siedler in der okkupierten Westbank mehr als verdoppelt, ihre Zahl im besetzten Ost-Jerusalem genau verdoppelt und jene in Gaza um mehr als 60 Prozent erhöht."

„Die Entscheidung, Ausschreibungen für 700 neue Wohnungseinheiten auf der Westbank zu veröffentlichen ist schlecht beraten, unzeitgemäß und tollkühn," schrieb die Jerusalem Post (am 13. April). „In einer Situation eskalierender Gewalt und wachsender Sorgen über die Ausweitung des Terrorismus, muß die Ankündigung einer Ausweitung der Siedlungen Öl ins Feuer des Konflikts gießen."

Am gleichen Tag teilte die Nachrichtenagentur dpa mit: „Die israelische Friedensbewegung Frieden Jetzt hat am Mittwoch die Regierung Scharons wegen des Ausbaus jüdischer Siedlungen in den Palästinensergebieten kritisiert. Dort gebe es Tausende von leeren Wohnungen. Die Organisation schreibt in einer Erklärung, daß allein in den großen Siedlungen Ma'ale Adumim und Givat Seev, wo die Regierung 2500 neue Wohnungen plant, rund 2400 Wohneinheiten leer stünden. Scharons Büro hatte Anfang April auf internationale Kritik am Siedlungsbau erklären lassen, die bereits von der Regierung Barak geplante Expansion sei erforderlich, um das «natürliche Wachs-

tum» der international geächteten Siedlungen zu sichern. Nachforschungen von Frieden Jetzt ergaben, daß von den seit 1994 in Ma'ale Adumim gebauten 3470 Wohnungen heute noch 1610 oder 47 Prozent leer stehen. Von den 810 in Givat Seev zum Verkauf angebotenen Wohneinheiten seien 790 nicht verkauft worden. In der umstrittenen Siedlung Har Homa bei Jerusalem stünden drei Viertel der 2200 Wohnungen leer."

Und die Kehrseite

Aus einer Pressemitteilung der Menschenrechtsorganisation B'Tselem (18 April): „In der Periode zwischen dem 13.3.2001 und dem 4.4.2001 hat Israel in den besetzten Gebieten - ohne Jerusalem - mindestens 30 palästinensische Häuser und andere Bauten abgerissen. Alle diese Bauten wurden wegen palästinensischer 'illegaler' Bautätigkeit zerstört. Seit 1971 hat Israel separate Planungs- und Bausysteme für israelische Siedler und die Palästinenser geschaffen, vornehmlich zugunsten ersterer. Von 1987 bis Ende 2000 zerstörte Israel mindestens 2300 Häuser von Palästinensern, die ohne Baugenehmigung errichtet worden waren. (...) Die Baubehörden werden von Israel geleitet und die Palästinenser sind darin nicht vertreten. Palästinenser, die mit Genehmigung auf ihrem Land in der Zone C bauen wollen, müssen sich einem langwierigen, komplexen und teuren Prozeß unterziehen, an dessen Ende zumeist die Ablehnung steht. Deshalb sind viele Palästinenser infolge natürlichen Wachstums (der Familien) gezwungen, ohne israelische Erlaubnis zu bauen. Im Ergebnis können ihre Häuser zu jedem Zeitpunkt von den israelischen Behörden zerstört werden."

Palästina Nachrichten Mitteilungen der Vereinigung der Freunde Palästinas in Berlin-Brandenburg e.V. Nr. 31 / 23. April 2001
http://www.freunde-palaestinas.de/page/nachrichten/pn31.htm

****

Deutsche Linke und Israel

von Jörn Böhme

Eine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit dem Thema „Die bundesdeutsche Neue Linke und ihr Verhältnis zum Staat Israel" gibt es seit den 80er Jahren. Viel ist darüber publiziert worden (1) und sowohl im Nahen Osten wie in Europa haben sich inzwischen grundlegende politische Veränderungen vollzogen.

In diesem Artikel sollen deshalb die wesentlichen Entwicklungslinien in Erinnerung gerufen werden. Außerdem geht es um Aspekte, die ungeachtet des eigenen politischen Standpunktes bei künftigen Diskussionen über die deutsch-israelischen Beziehungen aktuell bleiben werden.

1. Die Haltung zum Staat Israel war bei vielen neulinken Gruppen in der Regel stärker von der innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik bestimmt, als von den Ereignissen im Nahen Osten. Vor 1967 dominierte die Solidarität mit Israel. Dies ging einher mit der Opposition gegen all diejenigen Kräfte in der Bundesrepublik, denen eine mangelnde Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vorgeworfen wurde.

2. Bei fast allen neulinken Gruppen kippte die pro-israelische Einstellung infolge des 6-Tage-Krieges vom Juni 1967 in zum Teil wenigen Wochen um. Durch die Besetzung der Westbank und des Gazastreifens und vor dem Hintergund des Vietnam-Krieges sowie der Unterstützung der israelischen Politik durch den Springer-Konzern wurde die PLO als nationale Befreiungsbewegung entdeckt. In der Existenz des Staates Israel wurde nun die zentrale Ursache des Nahostkonfliktes gesehen.

Über alle sonstigen ideologischen Differenzen und Spaltungen hinweg entstand innerhalb der neuen Linken in dieser Frage einen Konsens. Er entsprach in etwa dem, was die Evangelische Studentengemeinde (ESG) noch 1984 zwei Arbeitsheften voranstellte „(...) Nur mit der überwindung dieser Ideologie, mit der durchgreifenden De-Zionisierung der jüdisch-israelischen Gesellschaft kann eine Lösung der Palästina-Frage gelingen und damit eine erneute menschliche Katastrophe verhindert werden."(2)

3. In den 70er Jahren enstand eine breite Palästina-Solidaritätsbewegung, die aus dieser Einstellung heraus agierte. Hatte es schon hier verschiedentlich Versuche gegeben, Zionismus und Nationalsozialismus gleichzusetzen, so erreichte diese Denkweise einen Höhepunkt, als die Palästina-Solidaritätsbewegung bereits zerfallen war. 1982 im Libanon-Krieg prägten Parolen wie „Holocaust in Beirut" und „Auschwitz im Libanon" die neulinke Berichterstattung. Diese Zußerungen wurden gleichzeitig Ansatzpunkt für eine selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis der bundesdeutschen Neuen Linken zum Staat Israel.

4. Diese Auseinandersetzung wurde in den kommenden Jahren anhand verschiedener Anlässe weitergeführt, zu denen auch diverse Reisen von Delegationen der Grünen in den Nahen Osten gehörten, denen eine antiisraelische Haltung attestiert wurde. Anfang der 90er Jahre, zu einem Zeitpunkt, als dieser Streit endlich überwunden schien, brach die Kontroverse im Zusammenhang mit der Golfkrise und dem

zweiten Golfkrieg in ungeahnter Schärfe aus. Hier standen sich u.a. diejenigen gegenüber, für die der Krieg gegen den Irak um die Annexion Kuwaits nur ein weiteres imperialistisches Abenteuer um die Kontrolle von Tlquellen war und diejenigen, die jedenfalls nach Beginn des Krieges mit Hinweis auf die Bedrohung Israels vor einem Waffenstillstand das irakische Militärpotential nennenswert reduziert wissen wollten. Im Schubladendenken (der Medien) hieß das „Bellizisten gegen Pazifisten". In dieser Zeit fiel auch der berühmt-berüchtigte Satz des damaligen Sprechers der GrünEN, Christian Ströbele, die irakischen Raketenangriffe auf Israel seien die logische, fast zwingende Konsequenz der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern und den arabischen Staaten.

Heute scheint das alles lange her, wobei nicht ganz klar ist, ob dieses Empfinden davon zeugt, daß derlei Positionen nachdenkend überwunden wurden, oder ob sie nur tabuisiert sind.

Unabhängig davon, wie man diese Frage beantwortet und unabhängig von der Frage politischer Standorte bleibt die Auseinandersetzung und der Streit über folgende Aspekte der deutsch-israelischen Beziehungen notwendig:

1. Der Versuch, die Shoah, also die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden während der Zeit des Nationalsozialismus zu begreifen.

Das Problem in weiten Teilen der Neuen Linken war, daß Auschwitz in ökonomische Kategorien gepreßt wurde und damit das, was dort geschah, nicht einmal ansatzweise verstanden werden konnte. Auschwitz war in diesen Kategorien die schlimmste Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Dieses Erklärungsmuster ging jedoch am Kern der Verbrechen vorbei, wurde doch die Vernichtung der Juden entgegen der ökonomischen und militärischen Notwendigkeiten vollzogen. Dieser Umstand sowie die quantitative und zeitliche Dimension der Verbrechen widersetzen sich dem rationalen Verstehen. Der Versuch, die Shoah zu begreifen, muß deshalb als offener, nicht abzuschließender Prozeß verstanden werden.

2. Zionismus, Antizionismus

Wie erwähnt, war seit 1967 für die neue Linke die Opposition zum Konzept eines mehrheitlich jüdischen Staates konstitutiv für ihr Verhältnis zu Israel. Diese Position spielt zum Teil heute keine Rolle mehr, zum Teil wurde sie als falsch befunden.(3) In der Kritik an den Osloer Verträgen, an der Asymetrie zwischen israelischer und palästinensischer Seite und den andauernden Menschenrechtverletzungen spiegelt sich zum Teil erneut die umfassende Kritik am Zionismus. Demgegenüber gilt es zur Kenntnis zu nehmen, daß die Mehrzahl der Israelis in einem mehrheitlich jüdischen Staat leben möchte und daß auch für die Mehrheit der Juden, die nicht in Israel leben, Israel als jüdischer Staat eine zentrale Bedeutung hat.

Zum Anfang Natürlich gibt es zu benennende Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit der Entstehung des Staates Israel als jüdischer Staat und auch mit seiner Entwicklung. Doch ich finde, daß man gerade als Deutscher kein Recht hat, von Israelis und Juden eine Abkehr vom Konzept eines mehrheitlich jüdischen Staates als Voraussetzung für Kontakte, Kommunikation, Zusammenarbeit, oder sonst etwas zu

verlangen.

Das bedeutet weder, daß ich als Deutscher die Politik israelischer Regierungen nicht kritisieren darf, noch, daß Deutsche keine kritischen Fragen zur Geschichte des Zionismus stellen dürften. Aber es ist eben genau der Unterschied, der in der Alltagssprache so oft untergeht: ob nämlich die Politik der Regierung eines Staates kritisiert wird oder dieser Staat (in seiner Existenz).

3. Antisemitismus und Antiamerikanismus

Beide Vorurteilskategorien sind hier zusammen benannt, weil sie zum Teil ineinander übergehen können.

Der Streit hierüber wird auch weiterhin notwendig sein, denn aufgrund der Geschichte der deutschen Gesellschaft in diesem Jahrhundert und der Rolle, die Antisemitismus darin spielte, wäre es vermessen, zu glauben, nach Auschwitz gäbe es keinen Antisemitismus mehr, bzw. die nach 1945 Geborenen wären frei davon. Statt das Thema zu tabuisieren, muß eine (selbst)kritische und offene Auseinandersetzung gefördert werden.

Daß das Problem des Antiamerikanismus aktuell bleibt, hat die j?ngste Irak-Krise von Anfang 1998 gezeigt. Reflexartig wurde in zahlreichen Analysen von Gruppen aus der Friedensbewegung die Politik der USA als allein verantwortlich für die Krise dargestellt. Einem solchen Denken hat Fred Halliday in einem lesenswerten Aufsatz folgendes entgegengehalten: „Zu einem Zeitpunkt, an dem das westliche Ideal angeblich triumphiert, ist es unabdingbar, sich eine kritische Haltung gegenüber der Führungsmacht der kapitalistischen Welt und dem Modell, das sie verkörpert, zu bewahren. Aber das muß ein ausgewogenes Urteil sein, ohne jene traditionellen und automatisch abrufbaren Allgemeinplätze. Jene in Europa und den USA, die über lange Zeit hinweg die Kritik an der US-Gesellschaft und ihrer Außenpolitik wachgehalten haben, wären gut beraten, mit den allzu bequemen Denunziationen zu brechen und die sich bietenden neuen Möglichkeiten zu nutzen."(4) Die Frage wie Kritik an israelischer Regierungspolitik aussehen kann, wenn sie nicht anti-israelisch, oder antisemitisch ist, wird immer wieder neu beantwortet werden müssen. Hier liegt der Punkt der nicht vorhandenen und nicht wünschenswerten Normalität. Normalität im Alltag ist, worüber nicht nachgedacht, was in der Regel nicht in Frage gestellt wird. Nachdenken ist im Zusammenhang mit den deutsch-israelischen Beziehungen aber notwendig. Hilfreich wäre es dabei, wenn die kritisierenden Deutschen zu ihrer Position selbst stehen und nicht - wie in der Vergangenheit oft geschehen - auf diejenigen Israelis bzw. Juden verweisen, die dieselbe Position vertreten.

Anmerkungen:

1. Siehe vor allem die umfassende Untersuchung von Martin Kloke: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, Frankfurt/M. 1994 (2. erweiterte und aktualisierte Aufgabe). Inzwischen liegt auch eine umfangreiche Publikation über das Verhältnis der DDR zum Staat Israel vor: Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997

2. Friedhelm Ernst (Hrsg): „Der schwierige Weg nach Palästina", Arbeitsheft 1: Nahost: Stimmen der Opposition. Palästina zwischen Krieg und Staatsgründung, Darmstadt 1981; Arbeitsheft 2: Zionismus, Opposition und Bi-Nationalität, Stuttgart 1984

3. So heißt es in einem Editorial der in Freiburg erscheinenden Zeitschrift „blätter des informationszentrums 3. welt" im Oktober 1997: „Kritik am Zionismus kann aber nur als eine allgemeine Kritik am Nationalismus erfolgen. Das jedoch ist nicht das Anliegen des Antizionismus. Und damit ist das Anliegen des Antizionismus nicht (mehr) unseres."

4. Fred Halliday: Halbe Wahrheiten. Antiamerikanische Selbstblockaden der Linken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/92, S.105-110

Jörn Böhme ist langjähriges Mitglied des DIAKs. E-Mail: joern.boehme@gruene-fraktion.de
http://www.friedenskooperative.de/ff/ff98/3-27.htm